

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

277 (27.11.1920) [Erstes Blatt]



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Legungsbreis: Durch unsere Träger 5.—M. einfr. 80 A Postgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe u. Postgebühr monatl. Einzelgew. 20 A. Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.—M. Die Restamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

# Parteitag der badischen Sozialdemokratie

Baden-Baden, 26. November 1920.

Am 5 Uhr eröffnet Genosse Strobel als Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens den im Kurhaus zu Baden stattfindenden Parteitag unter lebhafte Begrüßung der Delegierten und Gäste, darunter Gen. Dr. Adolf Braun vom Parteivorstand und Prof. Dr. Ludwig Wiggert, zu denen im Laufe der Tagung noch Reil-Württemberg kommt. Dabei weist der Parteivorstand auf die Bestrebungen von Kapitalismus und Reaktion hin, ihre alten Herrenrechte zurückzuerobieren. Um dem abzuweichen, heißt es auf dem Damm sein und mit frischen Kräften der Erreichung unserer Ziele nachzugehen.

Das Bureau wird wie folgt gebildet: Vorsitzender: Strobel-Mannheim und Rapp-Baden; Schriftführer: Reimuth-Forsheim, Frau Fischer-Karlsruhe, Winter-Offenburg und Groß-Mannheim.

### Der Geschäftsbericht

Vorsitzender Strobel verweist auf den veröffentlichten Geschäftsbericht, den er stellenweise ergänzt. Vor allem ist zu bedenken, daß es unmöglich war und ist, nach dem riesigen Zusammenbruch in kurzer Zeit gute Verhältnisse zu schaffen. Wir müssen sagen, wenn das schlimmste bereits hinter uns liegt, wären wir leidlich über die schwere Katastrophe hinweggekommen. Denn wir haben nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern auch gegen links zu kämpfen gehabt. Unsere Mitgliederzahl hat eine Steigerung von 6617 zu bezeichnen, die sich auf 283 Ortsvereine in etwa 900 Orten verteilen. Die Mitgliedszahl, die wir zu bezeichnen hatten, haben uns danach nichts anhaben können. Besser hätte sein dürfen die Entwidlung der Frauenbewegung, hier muß es anders werden. Der Organisierung der Frauen muß erhöhte Bedeutung beigemessen werden. Ebenso ist auch die Jugendbewegung mehr in den Vordergrund zu stellen. Denn was unsere Gegner dennig bringen, muß auch der Sozialdemokratie möglich sein. Denn bei der Jugend muß eingegriffen werden. Vor allem ist auch die Aufklärung der Jungwählerschaft vom 20. bis 25. Lebensjahre vorzuziehen. Hier bleibt nachzugehen, was in der Kriegszeit verkannt wurde. Die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Gewerkschafter hat gute Arbeit geleistet; doch muß sie der Gesamtpartei eingegliedert werden, was in einem Antrag festzulegen ist. Wenn die Gewerkschafter in der Partei eingegliedert sind, so können sie der Partei wertvollere Dienste leisten. Heber die Wahlkreiserteilung macht der Bezirksvorstand Vorschläge, die zur Annahme empfohlen werden. Bei der Veranstaltung von Bildungsvorträgen und Bildungsunternehmungen müssen wir auf die Verhältnisse Rücksicht nehmen. Doch wird die Parteileitung alles tun, um die Bildungsgelegenheiten zu fördern. Mit der Entwidlung unserer Parteipresse können wir zufrieden sein und zwar umso mehr, als sie unsere Hilfe und von den Gegnern am meisten gefürchtete Waffe ist. Wenn unsere Presse die nötige Verbreitung findet, werden wir den Kampf bestehen. Bestehe Verbreitung unserer Presse muß deshalb eine der wichtigsten Arbeiten sein.

Die Wahlen der Gemeindeverordneten brachten uns eine wesentliche Vermehrung unserer Sitze. Insgesamt haben wir in 336 Gemeindeverwaltungen 5258 Parteigenossen. In der Zahl unserer 104 Kreisabgeordneten vergrößert sich unsere zunehmende Stärke in der Verwaltung. Wenn jeder Genosse auf diesem Posten seine Pflicht tut, so kann für das arbeitende Volk sehr viel herausgeschlagen werden. Leider lassen manche der Gewählten ihre Pflicht im Stich; ja schalten sich hinterlistig Parteien an. Deshalb müssen die Kandidaten in der Folge genau betrachtet werden. Außerdem wird, wie es verschiedene Anträge wünschen, in Zukunft von vornherein gestrebt werden, dies zu verhindern. Bei der Gemeindeordnung waren und sind wir bestrebt, ein Gesetz festzulegen, daß Gemeindeverordnete, die aus der Partei ausscheiden, ihr Mandat verlieren.

In den Tagen des Kampfs zeigte sich die Einigkeit der Arbeiter, indem Unabhängige und Kommunisten sich für die damals auch von ihnen anerkannten Erzeugnisse der Revolution einsetzten. Leider hielt diese Einigkeit nicht lange. Aus der übertriebenen Forderung der Unabhängigen und der Kommunisten zog dann die Reaktion Nutzen. In unserer Seite im damaligen Abwehrkampf standen auch, wie festzustellen ist, die christlichen Gemeinschaften. Anerkennung verdient aber auch die entschlossene und klare Haltung der Regierung in den kritischen Tagen des Kampfs. Wer glaubte, daß mit der radikalen Linken eine Einigung möglich ist, dürfte in jenen Tagen eines besseren belehrt worden sein. Wir dürfen stolz darauf sein, daß wir Führer in im damaligen Kampf gegen die Kaputte waren. In der Abwehr im Kampf gegen die Reaktion gibt es für uns keine Grenze. Macht die Reaktion einen Ansturm auf die Republik, dann gilt in der Verteidigung jedes Mittel. Hierüber bedarf es keiner Diskussion. Wenn unsere Anhänger einig sind, dann können wir mit der Verfassung alle Ziele erreichen. Wer jedoch mit Gewalt gegen die Mehrheit des Volkes arbeiten will, muß Schiffbruch leiden. Leider müßte die Arbeiterchaft die Rechte nicht voll aus, wie die Juniwahlen beweisen. Wir stehen vor großen Entscheidungen: die Wahl des Reichspräsidenten, vielleicht Reichstagswahlen; schließlich aber vor den Landtagswahlen im nächsten Herbst.

Unsere Position in der Regierung ohne Veranlassung preisgeben, würde heißen, die Sache der Republik, der Freiheit, der Arbeiterchaft schädigen. Insbesondere strömen die Anhänger der A.E.B. zu uns zurück, da sie einsehen, daß wir eine vernünftige Politik treiben. Diesen Leuten machen wir keine Schwierigkeiten, wenn sie zu uns zurückkommen. Schwierigkeiten machen wir nur zweifelhafte Personen.

Wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen in der Entwidlung zu unseren Zielen. Je weiter wir vorwärts kommen, umso mehr rufen aber auch unsere Gegner, die Kapitalisten und Kriegstreiber. Die Diebstahl-Treiber als Führer der Bewegung gegen die Republik müssen rücksichtslos bekämpft werden. Da heißt es immer auf dem Damm sein. Unsere Arbeit erfordert Ausdauer. Die Hoffnung auf unseren Endsieg muß jedoch unsere Arbeit anteuern. Deshalb schließe ich mit einem Wort Segels:

Über dies vergesse nicht: Einig, einig müßt ihr sein!

Genosse Sahn-Mannheim gibt einen Überblick der Klassenverhältnisse, die sich günstig entwickelten, jedoch nicht berast sind, daß alle Wünsche, die geäußert werden, befriedigt werden können.

### Die Ansprache

Beck-Starkstraße geht auf die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Gewerkschafter ein, die, wie er meint, die Jugendzeit der sozialdemokratischen Partei voraussetzt. Sie dient vor allem der wissenschaftlichen Schulung ihrer Mitglieder und hat ihre Aufgabe voll erfüllt. Vor allem wirkte sie in Karlsruhe; dann aber auch im Wurgau. Hier wurde wertvolle Bildungsarbeit geleistet. Durch Schaffung einer besonderen Zeitschrift "Die Schmiege" wurde vor allem die rege Fühlung mit den Beamten erreicht. Deshalb wünschen wir sie auszuweiten. Es muß eine Lösung gefunden werden, die alle Seiten befriedigt. Man muß bestrebt sein, die Gewerkschafter für die praktische Arbeit zu gewinnen.

Meyer-Weinarten: Es wurde so oft gesagt, wir Gewerkschafter wollten Sonderverbände einführen. Dies ist keineswegs der Fall. Sämtliche gewöhnlichen Arbeiter müssen zur Mitarbeit herangezogen werden. Schon während des Krieges haben wir zu einem solchen Zusammenschluß aufgerufen. Wir wollen eine Verbeugung sein. Dazu brauchen wir "Die Schmiege". Man darf deshalb die Arbeitsgemeinschaft nicht auflösen.

Kunze-Karlsruhe glaubt, daß man mit der Arbeit des Parteivorstandes zufrieden sein kann. So sehr ich die Einigung mit links begrüße, so wird diese in absehbarer Zeit nicht durchführbar sein. Dennoch müssen wir die Einigung mit aller Energie anstreben.

Innerhalb unserer Partei haben immer Meinungsverschiedenheiten bestanden, die in ruhiger sachlicher Weise zum Austrag gebracht werden müssen. Es freut mich, zu sehen, wie sich die Gewerkschafter in den Dienst der Sache stellen. Das soll auch in Zukunft so sein. In der Frage der Volkspartei ist die letzte Zeit des guten etwas zuviel getan worden. Man solle die Religion nicht in die Politik hereinziehen. Religion muß Privatangelegenheit bleiben.

Sohn-Badenheim: Dieser Streit um die Gewerkschafter und um die Kirche kann nicht fruchtbringend sein. Wir müssen alle vorhandenen Institutionen in dienstbar machen. Die Gewerkschafter legen großen Wert auf die Mitarbeit der Gewerkschafter. Auch die Jugendpflege muß in unsere Bewegung eingeflochten werden. Unsere Arbeit wird durch Forderungen, wie nach revolutionären Betriebsräten" usw. erschwert. Die einzelnen Organisationen müssen der Partei eingegliedert werden. Sonderorganisationen sind unzulässig. Mit richtiger Eingliederung der Arbeitervereine haben wir die Jugend. Die Politik des Bezirksvorstandes ist zu billigen.

Sohn-Websheim: Die Religion ist eine Kulturfrage. Hier gibt es keine Neutralität. Sobald die Religion eine Gesellschaftsfrage wird, hört sie auf, eine neutrale Sache zu sein. Im alten Staat war die Kirche eine reaktionäre Institution. Der größte Teil der Sozialisten gehört noch der Kirche an. Sozialismus und Religion, Sozialismus und Christentum sind keine Gegensätze. Weiter darf die Partei allerdings nicht gehen. Eine Beeinflussung ihrer Mitglieder muß jedoch die Partei ablehnen. Sie muß jedoch erkennen lassen, daß sie keine Religion feindlich gegenübersteht. Es ist eine Lüge, daß wir religionsfeindlich sind. Redner wünscht Annahme seiner Resolution, die jede Gleichstellung mit einer einzelnen Religionsrichtung ablehnt, jedoch warme Sympathie für alle religiöse Beirübungen wünscht.

Gluck-Eltingen weist auf die Schwierigkeiten hin, die Frauen in der Partei hineinzubringen. Die Frau muß in der Organisation hineinkommen; denn sie ist uns eine gute Mitarbeiterin. Warum werden in den ländlichen Gemeinden die Frauen so wenig die Versammlungen. Den Gewerkschaftern sind wir freundschaftlich gesinnt; doch können wir keine Sonderorganisationen gestatten. Bei der Aufstellung der Gemeindevertreter muß man vorsichtig sein. Doch ist auch an den Mitgliedern viel zu tun. Die mangelnde Aufklärung schuld. Sollte hier nicht doch ein eigenes Organ oder bessere Kommentierung kommunalpolitischer Fragen in der Parteipresse möglich sein. Die Einigung der sozialistischen Parteien ist angesichts der tatsächlichen Verhältnisse nicht möglich. Wenn die Arbeiterchaft unsere Arbeit wieder erkennt, kommt sie schon wieder zu uns.

Dr. Kraus-Hedelberg: Wir haben einen Appell zur Einigung des Proletariats nicht nötig. Denn gerade ich bin von jeder

für diese eingetreten. Wie liegt jedoch die Sache auf der anderen Seite? Wir können heute nicht nur in der Reichsregierung sein, sondern wesentlich mehr Einfluß haben, wenn die Unabhängigen mehr Verantwortungsgelübe gehabt hätten und nach den Wahlen in die Regierung eingetreten wären. Jetzt ist es an den Unabhängigen, die Hand auszustrecken. Die Organisation der Gewerkschafter hat uns gute Dienste geleistet. Sie will alle umfassen, die geistig produktiv bei uns mitarbeiten. Wenn "Die Schmiege" eingehen würde, so wäre dies sehr zu bedauern. Eine strenge Neutralität gegenüber allen religiösen Richtungen ist nötig. Unsere Partei ist in erster Linie eine Wirtschaftspartei. Wir haben nicht zu entscheiden, ob die Wahrheit im Katholizismus oder im Protestantismus, beim Volkstedenbund oder bei den Freireligiösen liegt. Stillsche Neutralität ist hier am Platze. Unsere Partei ist nicht für Konfessionskämpfe da.

Stern-Gernsack: Wir als Mehrheitssozialisten wissen genau, was wir wollen. Die Gewerkschafter sind eine neue Organisation innerhalb unserer Organisation. Es darf keinen Kampf zwischen Gewerkschaftern und überflüssig Arbeitenden geben. Unsere Parteigenossen in der Regierung haben uns gute Dienste geleistet. Die Rechte der Delegierten müssen gewahrt bleiben.

Schöpslin-Karlsruhe: Wir bedürfen bei den schweren Kämpfen nicht nur die Gewerkschafter, sondern auch die Gewerkschafter. Doch wir allen Intellektuellen den Weg zu uns leicht machen, liegt im Interesse der Bewegung. Wer die Dinge in Baden befolgt hat, kann sich der Sorge nicht entschlagen, daß beim weiteren Auswachen der Sonderorganisation der Gewerkschafter sich Dinge entwickeln, die der Partei schädlich sein werden. Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschafter sein, stets zu kritisieren. Wir können heute weniger denn je Sonderorganisationen brauchen. Die Gewerkschafter müssen in der Partei aufgehen; "Die Schmiege" hat keine besondere Geltungsberechtigung. Wir können Wünschen in der Einigungsfrage erreichen, wenn die Einigung der Gewerkschafter mündig ist; die Einigung der Parteien ist unmöglich. Wir haben keine Ursache, nach der Seite der Einigung weitere Schritte zu tun. Die wirtschaftlichen Sozialisten lauern von allein wieder zu uns kommen. Diejenigen aber, die nach Moskau blicken, müssen erst kuriert werden. Wenn man jedoch jeden Tag die Flugblätter und Zeitungen der Unabhängigen liest, dann kann man nicht anders als druckfroh sein. Und dies ist der beste Weg zur Einigung.

Schwerdt-Karlsruhe weist auf die Notwendigkeit einer guten Regelung der Beitragsverhältnisse hin. Denn um etwas zu unternehmen, braucht man Geld. Die Erhöhung der Beiträge war eine dringende Notwendigkeit; deshalb sollte der Antrag Karlsruhe angenommen werden. Die Frage der Gewerkschafter muß endlich restlos geklärt werden. Damit ist nicht gesagt, daß wir ihr feindselig gegenüber stehen. Es sollte hier ein ähnlicher Modus wie mit den Frauenorganisationen gefunden werden. Was die Unabhängigen betrifft, so kann man von uns doch nicht verlangen, zu allen Angriffen Ja und Amen zu sagen. Die Herrschaften sollen zu uns kommen. Wir sind bereit, ihnen entgegenzukommen.

Norm-Singen: Es ist erfreulich, daß der Bezirksvorstand von einem Wachen der Partei berichten konnte. Die Bildungsarbeit muß mehr gefördert werden. Wir müssen auch aus dem Hinterlande Genossen zur Weiterbildung auf die Schulen heranziehen. Geschieht dies, dann werden die Klagen, daß die Partei nicht auch in die Tiefe geht, verschwinden. Der Bezirksvorstand sollte für Bildungsarbeit einen Kostenvorschlag aufstellen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über den Geschäfts- und Klassenbericht wird angenommen.

Vorsitzender Strobel erklärt in seinem Schlußwort, daß der Bezirksvorstand auf dem Standpunkt unbedingter Neutralität gegenüber den Kirchen steht. Die Meinungsverschiedenheiten in der Partei müssen sachlich aufgelöst werden. Es gibt niemand in der Sozialdemokratie, der nicht die Einigung des Proletariats wollte — aber unsere Friedensband wurde zurückgewiesen. Die Gewerkschafter müssen der Partei dienstbar gemacht werden. Deshalb müssen sie der Partei eingegliedert werden. Wir wollen nur das Beste für die Gewerkschafter.

Sahn-Mannheim weist gegenüber dem Genossen Schwerdt darauf hin, den Antrag des Bezirksvorstandes über die Beitragsregelung anzunehmen.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge. Angenommen werden die Anträge: 4, der strengste Neutralität gegenüber der Volkskirchenbewegung verlangt; 7, der die Mitglieder der Agitationsunterbezirke schließt; 8, der die Kandidatenaufstellung regelt (11 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen; 12 beschließen); 15, der Aufklärungsarbeit verlangt; 16, der Wählung ländlicher Vertreter zu Lehrkursen wünscht; 19, der bessere Papierversorgung wünscht (20 und 21 wird dem Bezirksvorstand überwiesen); 22 betr. Aufklärung über Parteiprogramm; 24, der die Beitragsleistung regelt und Antrag Trinks, der Förderung der Jugendbewegung und Jugendheimen wünscht.

Dem Genossen Sahn als Kassier wird Entlastung gewährt.

Am 9 Uhr vertagt sich die Versammlung auf Samstag früh 10 Uhr, um dann mit der Aussprache über die Parteistatistik zu beginnen.



### Prozeß Prinz

Berlin, 26. Nov. Seit einigen Tagen wird vor der vierten Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin der Prozeß gegen den ehemaligen Leiter des Berliner Sicherheitsdienstes Erich Prinz fortgeführt, der wegen Urkundenfälschung und wegen Vorsehung Scheidemanns angeklagt ist. Es handelt sich um den bekannten als gefälscht bezeichneten Nordbefehl, durch den Scheidemann und Georg Elzars für die Verhaftung und Unschädlichmachung von Lebtineit, Mosa Luxemburg und Dr. Ebb eine Belohnung von 100.000 A ausgesetzt haben sollen. Wie bereits in der ersten Verhandlung zur Sprache kam, hat Prinz dem Rechtsanwalt Mübber erzählt, daß die drei genannten kommunistischen Führer von dem Reichswel Tolla befreit werden sollten, und daß Prinz diesem die dazugehörigen Anweisungen abgenommen habe. Prinz gab bei seiner Vernehmung an, das Originalschriftstück im Besitz zu haben. Die Unterschriften seien echt oder wenigstens sehr geschickt nachgemacht. Er könne aber das Schriftstück nicht vorlegen, um sich nicht eine erneute Anklage wegen Urkundenfälschung auszuliefern. Auf dem Original soll sich der Nordbefehl befinden haben: Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.

Scheidemann und Georg Elzars befanden sich als Zeugen, eine solche Unterschrift nie gegeben zu haben. Der Fraktionsbriefbogen müsse einverleibt worden sein.

Wie Prinz weiter mitteilte, hat Heinrich Elzars, der Bruder von Georg Elzars, durch Prinz' früheren Sekretär Wogendagen die Frau von Prinz Hilde Blaumann zu sich kommen lassen und von ihr durch Verprechungen und Drohungen die Aussage erhalten, daß sie nach Willkür des Prinz das falsche Schriftstück geschrieben habe, worauf Prinz sofort verhaftet wurde. Hilde Blaumann ist dann nach Hause gegangen und wurde nach einer halben Stunde mit einem Strick um den Hals gehängt tot aufgefunden. Sie soll Selbstmord begangen haben.

Am frühen Morgen der bisherigen Verhandlungen nicht wesentl. neues. Von Interesse wurde erst wieder die gestrige Vernehmung des Zeugen Hasso v. Tolla, der seinerzeit gehört zu haben; er habe ihn aber erst „später“ bekommen. Am Dezember 1918 habe er einen Befehl vom Kommandeur des 2. Garderegiments zu Fuß erhalten, die öffentlich in der Parole bekannt war, daß Verlinne, der Karl Liebknecht und Mosa Luxemburg verhafte und erschieße, als Belohnung 100.000 A und eine Freifahrt nach Holland erhalte. Den schriftlichen Nordbefehl habe er im Januar bekommen. „Ich erhielt“, so teilte v. Tolla weiter mit, „erst einen Hinweis von Hauptmann Ratz, auf Grund dessen mir vom Sturmbatallion 24 Mann für einen geheimen Auftrag zu stellen seien. Den speziellen Befehl erhielt ich von der Kriminalabteilung im Kronprinzenpalais. Unsere Abteilung sollte die 100.000 A Belohnung bekommen, und zwar sollte Georg Elzars 60.000 A und Scheidemann ebenfalls 60.000 A geben. Das Geld sollte vom Reichsmittel-Sonnenfeld ausbezahlt werden. Die Kriminalabteilung im Kronprinzenpalais ist ja nur dazu da gewesen, um gewisse Führer unschädlich zu machen.“ In dem Befehl sei Dr. Ebb nicht genannt worden, sondern lediglich für die Ermordung Liebknechts und Mosa Luxemburgs eine Belohnung von 100.000 A ausgesetzt und dem Täter Straffreiheit zugesichert worden. Die Unterschrift lautete lediglich Scheidemann. (Diese Aussage steht im Widerspruch zu früheren Vernehmungen Tolla, nach denen er ein solches Papier mit beiden Unterschriften besitze und ein anderes bezüglich des Auftrags Liebknechts, das von Ober unterzeichnet sei. Die Zettel sind bis heute nicht gefunden worden.) In seinen weiteren Bekundungen sprach der Zeuge Tolla die Überzeugung aus, daß man es damals allgemein für das Beste gehalten habe, wenn Liebknecht beiseite geschafft würde. „Weshalb“, so sagte der Zeuge, „haben mir denn die Inhaber der Weinhandlung Vordorff in der Französischen Straße ihr Auto zur Verfügung gestellt, haben meiner Mutter ganze Körbe mit Delikatessen und Fett in die Wohnung geschickt? Ich wurde jeden Tag von den Vordorffs gefragt, ob ich die Pakete noch nicht um die Ecke gebracht habe. Es war doch jene Abteilung offenbar nur zu dem Zweck gerufen worden, Liebknecht zu beschaffen. Gestalt hat dies natürlich niemand.“

Auch der frühere Jugführer bei der Soldatenwehr, Denuise, der sich selbst als Zeuge gemeldet hat, bekundet, daß Prinz ihm von seiner Broschüre gegen die Juden erzählt habe, mit der viel Geld zu verdienen sei, da sie sich gegen Elzars richtete. Er stehe mit dem deutschnationalen Rechtsanwalt Mübber in Verbindung und bekomme noch viel Geld von ihm. Der Zeuge habe für Prinz die Abschrift herstellen sollen, die dann aufweisend Hilde Blaumann ausgeführt hat.

Der frühere Oberleutnant und jetzige Delinkt Karl G ü r g e n hatte als Leiter einer Nachrichtenstelle, die für die Kommandantur alles von links kommende Material nach der Revolution sammelte, beim Ruff am 6. Januar den Auftrag, die Mordführer zu verhaften. Nach den Mitteilungen, die er vor Gericht machte, bestand ein Befehl, Liebknecht und Mosa Luxemburg gegen Belohnung unschädlich zu machen, von einer Ermordung sei jedoch nie etwas gesagt worden. Der damalige Kommandant Fischer habe ihm mitgeteilt, daß offiziell eine Belohnung von 100.000 A ausgesetzt sei, einen von Scheidemann und Elzars unterschriebenen Befehl habe der Zeuge nicht gesehen.

### Das verwerfliche Spiel der Reaktion

Im Anschluß an die misslungenen Ortschafts-Pläne in Karlsruhe befaßt sich der „Badische Staatsanzeiger“ in längerer Ausdehnung mit dem gefährlichen Tatendrang dieser Unruhestifter, worüber sich das Regierungsblatt wie folgt äußert: „Das Hauptkontingent der Unruhestifter stellen entlassene, spindlierende Offiziere, die in ihrem ganz bestimmten Tatendrang, der zurzeit naturgemäß keine Verdrängung finden kann, darauf aus sind, das Kriegsspiel der verflochtenen Aera fortzusetzen. Diese privatisierenden Offiziere, die man aber unter keinen Umständen mit den anständigen und treugesinnigen Inhabern der Offizierskassen in einen Topf werfen darf, haben nun im Verborgenen die früheren Reserveoffiziere alldeutscher und extrem-militaristischer Richtung eine Organisation gegründet, die den Zweck verfolgt, die jetzige Regierung zu stürzen, die Verfassung zu ändern und eine Art Militärdiktatur zu errichten. Man will die Herrschaft des Militärs, wie sie im Kriege bestanden hat, gemäßigtermaßen herbeiführen.“

Um nun für diese Politik Anhänger zu gewinnen, schildern die Führer der Organisation die Lage so, als ob die Regierung heute überhaupt nicht insstande wäre, Ruhe und Ordnung zu verwalten, und als ob ein großer kommunistischer Putsch unmittelbar bevorstünde, den zu unterdrücken die heutige Regierung „viel zu schwach und viel zu langsam“ sei. Ganz platonisch gehen diese von gefährlichem Tatendrang erfüllten Herren mit solchen Argumenten auf den Pauer auf.

Es ist jedoch festzustellen, daß diese Angst, soweit Putschgefahr von links in Betracht kommt, nicht berechtigt ist. Die Macht der Regierung ist heute allemal hart genug, um mit kommunistischen Putschisten fertig zu werden; vorausgesetzt natürlich, daß nicht durch Hunger und Verarmung ein Chaos entsteht wird. Mit einer solchen Möglichkeit brauchen wir zurzeit wohl nicht zu rechnen. Wähten wir es aber, so wäre aber ja ohnehin damit der Untergang unseres Volkes besiegelt; und es gäbe dann überhaupt keine Macht und keine Organisation mehr, um diesen Untergang aufzuhalten.

Sehr wohl berechtigt ist aber die Frage, ob wir mit der gleichen Ruhe auch die von der Reaktion drohende Putschgefahr betrachten dürfen. Es gibt immerhin Anzeichen genug, die den Reaktionen und den Koalitionsparteien eine gewisse Vorsicht und tatkraftige Entschlossenheit nahelegen.

Neue Organisationen verfuhr auch finanziell über Mittel, die außerordentlich groß sind. Sie hat Beziehungen angeknüpft zu den reaktionär gesinnten Teilen der Studentenenschaft an allen Universitäten und Hochschulen des Reiches. Sie hat ihre Leute in der Einwohnerversammlung in Karlsruhe sitzen und arbeitet mit einer Kolossalität, wie sie eben nur jemand aufbringen kann, der zugleich talentvoll und rücksichtslos ist, der von vornherein nur auf sich und nie auf das große Ganze, an das Vaterland und die Gesamtheit seiner Väter denkt.

Die Gefahr, die von dieser Seite drohen könnte, erscheint nicht gering, wenn wir lesen, daß im Verlauf der Entwaffnungsgang von „Selbstschutzorganisationen, Kadetten, Landessoldaten usw.“ 6785 Waffengewehre und 441 494 Gewehre angetroffen worden sind.“ Es befinden sich also, wie die demokratischen „Berliner Volkszeitung“ ganz richtig sagt, über sechs und einhalbmillion Schießwaffen noch in der Hand von Leuten, die außerhalb der vom Staat zu bestellenden Macht stehen. Dem müßten wir noch hinzufügen, daß, wenn 441 494 Gewehre angetroffen sind, die faktische Zahl der wirklich vorhandenen Gewehre wohl noch um ein Erhebliches höher sein wird. Selbstverständlich ist es vor allem Bayern, das an jener hohen Zahl in erster Linie beteiligt ist.

Wirde man jener reaktionär-militaristischen Organisation freie Hand lassen zur Verwirklichung ihrer Ziele, so würden wir kein Bürgerkrieg, bei der Selbstverteidigung landen. Schon vorher aber würde die Entente auf den Plan treten und zu Gewaltmaßnahmen schreiten. Die Tatsache, daß die Entente dem Lande Tirol mit der Entziehung der Wehrlieferung gedroht hat, falls dort das Landesheer die Einwohnerversammlung stiftet, sollte uns zu denken geben; noch mehr aber die allgemeine Erkenntnis, daß Frankreich ja nur auf den Vorwand wartet, um einmarschieren und uns als Reich und Volk vernichten zu können.

Es ist ein unangenehm verwerfliches Spiel, das jene privatisierenden Offiziere treiben. Von vaterländischen Rücksichten ist

es jedenfalls nicht brennt. Wer heute bewußt und durch private und ungesetzliche Organisationen die Ruhe und Ordnung des Staatslebens gefährdet, der verdirbt damit eine Tat, die man nicht anders als unpatriotisch und unnational bezeichnen kann!

### „Aufklärung“

In Karlsruhe erscheint (Verlag und Verlag der Buchdruckerei R. R. Meiß) die „Badische Wochenzeitung“, ein besonders in landwirtschaftlichen Kreisen gelebte Zeitung. Das Blattchen wird in konservativ-reaktionärem Sinne geleitet und verbreitet natürlich „Aufklärung“ nach seiner Methode. Aus dem Inhalt dieser Woche wollen wir unsern Lesern einige Kostproben vorlesen. Um ein genaues Bild zu geben, müßten wir das im Verborenen stehende und „duftende“ „Blättchen“ ganz abdrucken, aber dazu ist uns der Raum zu schade. Es heißt in einer Nummer vom 14. November d. J. (Nr. 46), geschrieben S. 1. u. 2.:

„Die Zustände in Deutschland waren besser als die bei unseren Feinden, daher kein Anlaß zur Revolution. Wir hätten Sieg auf Sieg gesehen, die Feinde unserm Land ferngehalten, die Schweden des Krieges unsern Einwohnern erspart. Die auswärtige Politik lag seit langem nicht in den Händen der Konservativen, sondern in denen des Reichs, des Vertrauensmanns der Nation, Demokraten und des Zentrums. Wir hätten seit Jahren eine Regierung Bethmann-Scheidemann-Graberger. Wir wären vor der Revolution das freieste, wohlhabendste, geistigste und arbeitssamste Volk. Das ist es nicht mehr. Das hat die Revolution verschuldet.“

Weiter in der gleichen Nummer: „Die Hauptschuld an der Revolution und unserm Elend trägt zweifellos die Sozialdemokratie. Sie ist international, also ein Feind der Nation, des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie hätte nicht die Macht, die Revolution durchzuführen, denn sie hatte nicht die Mehrheit. Aber die Demokratie und das Zentrum halfen mit, machten sich dadurch zu Mitschuldigen an dem Verbrechen gegen das deutsche Volk, an den heutigen Zuständen.“

Diese „aristokratische“ Kost bekommen Leute allwöchentlich vorgesetzt, und da braucht man sich wahrhaftig über den politischen Zustand gewisser ländlicher Kreise nicht zu wundern! Der Herr S. M. läßt gut, sich über die Frage, wer an dem Elend unseres Volkes schuld ist, von seinen „Freunden“ informieren zu lassen. Auch der Redakteur eines Blättchens von solcher Mißtonauslage wie die „Badische Wochenzeitung“ sollte über die elementare Pflicht eines Zeitungsredakteurs, über Gerechtigkeit, verfügen, Rohin diese Art „Volksaufklärung“ führt, beweisen die Vorgänge in Krollen.

### Das Volkliche Telegrammbüreau und die Hohenzollernschiedungen

In der Parteipresse finden wir folgende Angriffe gegen das Volkliche Nachrichtenbureau:

Das Volkliche Bureau, das die gesamte deutsche Presse und auch das Ausland mit Nachrichten aus Deutschland versieht, hat bis heute nicht eine Zeile über die Kapitalverhältnisse der Hohenzollern und anderer deutscher Fürstentümer — mit einem Wort des sogenannten Abels Deutschlands — gebracht. Das ist ein Presseskandal sondergleichen. Zur gleichen Zeit brachte Volk lange Depeschen darüber, daß das Landesheer der Tiroler Heimatwehren, der Tiroler Grenzwehr, nicht verläufen, in der Wiltener Frontlinie die feierliche Einsegnung der Standarte der Tiroler Heimatwehren voranommen wurde. Brauchte so manches Telegramm über die Märsche der Grenzwehr, die doch ein Gottesdienst nicht durch die „Vorwärts“-Berichtshaltungen über die neuesten Schiedungen der Hohenzollern verurteilt worden ist. Brauchte die Verlobung des Kronprinzen von Rumänien mit der Prinzessin von Griechenland, und viele andere Nachrichten für lauffähigende „Berliner Lokalanzeiger“ und „Breslauer General-Anzeiger“. Mit einem Wort: Das richtige Material für die Stimmepresse. Das was Stinnes, Stresemann und Konsorten unermüdet hin, bringt Volk nicht.

Daher auch keine Zeile über die Kapitalverhältnisse der Hohenzollern. Man merke die Absicht und wird verärgert. Das ist der deutsche Presseskandal, daß das einzig in Betracht kommende deutsche Nachrichtenbureau tatsächlich funktionslos der Reaktion in die Hände arbeitet, und noch dazu von der Regierung unterstellt wird. Wer als Journalist den Wert der Nachrichten kennt und weiß, welchen Einfluß ein solches Nachrichtenbureau auf die gesamte öffentliche Meinung in und außerhalb Deutschlands ausübt, der muß mit seiner ganzen Kraft an der Beseitigung eines solchen Mißstandes arbeiten.

### Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung)

„Er ist hier und nicht gerade im anmutigsten Kostell, denn er sitzt gefangen. Gestern abend, als das Volk zusammenlief wegen des Herzogs, soll er für den Wund öffentlich gesprochen haben.“

„Gott im Himmel! Das war Dieterich Kraft, der Ratschreiber? Da muß ich schnell zum Herzog, er richtet schon über ihn, und der Kanzler will ihn hängen lassen. Gehab dich wohl!“ Mit diesen Worten eilte der Jüngling den Korridor entlang zu den Gemächern des Herzogs. Er war in Rüstungsgang zu allen Tageszeiten zum Herzog gegangen, daher machten ihn auch jetzt die Korridorier ehrerbietig Platz. Er trat hastig in das Gemach. Der Herzog sah ihn verwundert und etwas unwillig an, der Kanzler aber hatte das ewige süße Lächeln wie eine Larve vorgehängt.

„Guten Morgen, Sturmfeber!“ rief der Herzog, der in einem grünen goldgestickten Kleide, den grünen Jagdhut auf dem Kopfe, am Tische saß. „Hast du gut geschlafen in meinem Schlosse? Was führt dich schon so früh zu uns? Wir sind beschäftigt.“

Die Augen des jungen Mannes hatten indessen unruhig im Zimmer umhergeschweift und den Schreiber des Wägenrats in einer Ecke gefunden. Er war hoch wie der Tod, sein sonst so geräuchertes Haar hing in Verwirrung herab, und sein rotenfarbener Mantel, das er über ein schwarzes Kleid trug, war in Flecken zerfallen. Er warf einen trübenden Blick auf den Jüngling Georg und sah dann auf zum Himmel, als wollte er sagen: „Mit mir ist's aus!“ Neben ihm fanden noch einige Männer und auch ein langer, harter Mann, den er schon gesehen zu haben sich erinnerte. Die Gefangenen wurden von Peter, dem tapferen Magdeburger und dem Staberl aus Wien erwartet. Sie fanden mit aufgeschreckten Beinen, die Hellebarden auf den Boden gestemmt, ferngeratene auf ihrem Hofen.

„Ich sag, wir haben zu tun“, fuhr der Herzog fort. „Was hast du nur immer nach dem rotenfarbenen Menschenkind? Das ist ein verdorbener Sünder. Das Schwert wird schon für ihn gewetzt.“

„Guter Durchlaucht erlauben mir nur ein Wort“, entgegnete Georg. „Ich kenne jenen Mann und möchte mich mit ihm und Gut für ihn verbürgen, daß er ein friedlicher Mann ist und gewiß kein Verbrecher, der den Tod verdient.“

„Bei St. Düberrus, das ist schön! Die Natur hat sich geübert. Mein Kanzler, der treffliche Jurist, hat sich aufgereput wie ein junger Krieger, und mein junger Krieger dort will den Advokaten machen. Was sagt ihr dazu, Ambrosius Wolland?“

„Hi, hi! Ich habe Gurr Durchlaucht durch meine Person Spott machen wollen. Weiß aus früherer Zeit, daß ihr einen kleinen Scherz liebt. Nun, der liebe, gute Sturmfeber will die Luftfreiheit vermehren und den Juristen spielen. Hi, hi, hi! Wird ihm aber nichts helfen, dem Rosenforbenen. Majestätsverbrechen! Wird halt doch gelöst, der im Mantelein!“

„Herr Kanzler“, rief der Jüngling, vor Unmut glühend, „der Herr Herzog wird mich bezeugen können, daß ich mich nie um Schandthaten hergeben habe. Diese Morte mache ich andern nicht freitig. Und mit Menschenleben spiele und scherze ich nie. Es ist mein wahrer Ernst. Ich verdinge mich mit meinem Leben für gegenwärtigen Ehren von Kraft, Ratschreiber in Elm. Ich hoffe, meine Bürgschaft kann angenommen werden.“

„Wie?“ sagte Ulrich. „Das ist wohl der stierliche Herr, dein Caffereund, von dem du mir so oft erzähltest? Tut mir leid um ihn, aber er wurde in einem Aufbruch unter sehr gefährlichen Umständen gefangen.“

„Freilich!“ tröstete Ambrosius, „ein crimen laesae majestatis.“ „Erlaubet, Herr! Ich habe die Rechte lange genug studiert, um zu wissen, daß hier durchaus nicht von einem solchen Verbrechen die Rede sein kann. Gestern nacht warer die Bundesräte und der Statthalter noch hier; folglich war Stuttgart noch in Gewalt des Bundes und der Ratschreiber, der durchaus kein Untertan St. Durchlaucht's ist, hat nicht anders gehandelt als jeder bürgerliche Soldat, der auf Befehl seines Oberen gegen uns zu Felde zog.“

„I, die Jugend, die Jugend! Wie ihr alles überhastet, junger, sehr wertgeschätzter Freund! Sobald der Herzog die Stadt aufgefordert hätte, und den omnium possidentibus hatte, war auch alles, was in den Wäuern sich befand, sein. Königlich, wer eine Verwirrung gegen ihn anzettelt, ist ein Majestätsverbrecher. Befragter Herr von Kraft aber hat sprachlich gefährliche Reden an das Volk gehalten.“

„Nicht möglich! Es wäre ganz gegen seine Art und Weise! Herr Herzog, das kann nicht sein!“ „Geht!“ sagte dieser ernst. „Wir haben lange Geduld gehabt, dich anzuhören. Es hilft deinem Freunde doch nichts. Hier liegt das Protokoll. Der Kanzler hat, ehe ich kam, ein Zeugnis verfaßt, worin alles sonnenklar bewiesen ist. Mir

müssen ein Gemüß statulieren. Wir müssen unsere Feinde recht ins Herz hinein verdammen; der Kanzler hat ganz recht. Darum kann ich keine Gnade geben.“

„So erlaubt mir nur noch eine Frage an ihn und die Zeugen, nur ein paar Worte.“

„Ich gegen alle Form Rechtsens“, fiel der Kanzler ein. „Ich muß dagegen protestieren, lieber! Es ist ein Eingriff in mein Amt.“

„Laß ihn, Ambrosius. Mag er meinetwegen noch ein paar Fragen an den armen Sünder tun, er ist doch verloren.“

„Dieterich von Kraft“, fragte Georg, „wie kommt ihr hierher?“

Der arme Ratschreiber, den der Tod schon an der Kehle gefaßt hatte, verdröhte die Augen, und seine Röhre schlugen aneinander. Endlich konnte er einige Worte herauslocken: „Bin hierher geschickt worden vom Rat, wurde Schreiber beim Statthalter.“

„Wie kamet ihr gestern nacht zu den Bürgern von Stuttgart?“

„Der Statthalter befaßt mir abends, wenn etwa die Bürger sich aufrührerisch zeigten, sie anzureden, und zu ihrer Pflicht und ihrem Eid zu vermahnen.“

„Ihr sehet, er kam auf höhere Befehl herhin. — Wer nahm Euch gefangen?“ fuhr Georg zu fragen fort. „Der Mann, der neben Euch steht.“

„Ihr habt diesen Herrn gefangen? Also müßt ihr auch gefaßt haben, was er sprach? Was sagte er denn?“

„Ja, was wird er gesagt haben?“ antwortete der Bürger. „Er hat keine sechs Worte gesprochen, so warf ihn der Bürgermeister Hartmann von der Stadt Ferner. Ich weiß nicht, er hat gesagt: „Ihr sehet, ihr Leute, was mich der durchlauchtige Bundesrat dazu sagen! Das war alles, da nahm ihn der Statthalter beim Fragen und warf ihn Ferner. Aber doch, der Doktor Calmus, der hier eine längere Rede.“

Der Herzog „achte, daß was Gemach drohete, und sah hoch Georg, bald den Kanzler an, der ganz bleich und verdröht sich umsonst bemühte, sein Lächeln heizubehalten. „Das war also die gefährliche Rede, das Majestätsverbrechen? Was wird der Bundesrat dazu sagen! Trar Kraft! Wegen dieses traktvollen Sprüchleins verurteilt du beinahe dem Schorfströcher. Nun, das haben selbst unsere Freunde oft gesagt: Was werden die Herren sagen, wenn sie hören, der Herzog ist im Land. Es können soll er nicht bestraft werden. Was sagst du dazu, Sturmfeber?“

(Fortsetzung folgt.)



# Friedrich Engels

Ein Gedenkblatt zu seinem hundertsten Geburtstag  
Von Heinrich Cunow

Die heutige Zeit mit ihren schweren wirtschaftlichen Sorgen und dem überall am politischen Horizont auftauchenden Drohungen eines neuen reaktionären Restorationsversuchs scheint wenig dazu geeignet zu sein, sich in alte Parteierinnerungen zu versenken und zu Ehren derer frohe Gedenkfeste zu veranstalten, die einst, erfüllt von der Kulturmission des Sozialismus, ihre Kraft und ihr Leben eingesetzt haben im Kampf für den Aufbau einer besseren Zukunft. Was die heutige Zeit verlangt, ist Zusammenfassung aller Kräfte zur Abwehr der reaktionären Bestrebungen. Doch der große Sozialist, dessen hundertjähriger Geburtstag heute, am 28. November, überall vom deutschen Proletariat in pietätvoller Verehrung gefeiert wird, war nicht nur Mitarbeiter an dem Werk des Sozialismus, wie so viele andere, dessen Namen die Geschichte der sozialistischen Parteien aufbewahrt. Größeres, Höheres hat unser Altmeister Friedrich Engels für die Verwirklichung des sozialistischen Kulturideals geleistet: neben Marx steht er als Begründer jenes modernen wissenschaftlichen Sozialismus, der in seinem Vordringen während der letzten Jahrzehnte die arbeitenden Schichten aller Kulturländer der Welt erfasst und ihre Köpfe revolutioniert hat. Wenn der Sozialismus aus einem utopischen Glauben zu einer Wissenschaft geworden ist, die mit geistigen Mitteln die sich aus der neuzeitlichen Entwicklung ergebenden Probleme zu lösen sucht, dann verdanken wir das neben Marx vor allem seinem Lebensgefährten und Mitarbeiter, Friedrich Engels. Wenden haben im vorigen Jahrhundert erst Engels Schriften, vor allem seine Zeitschrift gegen Eugen Dühring, in die Gedankenwelt des Sozialismus eingeführt und in ihm das Verständnis für die entwicklungs geschichtliche Verdrängung des Sozialismus geweckt. Und auch heute noch geht vom Geiste unseres Engels, mögen immerhin Einzelheiten seiner Schriften durch neuere Forschungen überholt sein, eine starke lebendige Arbeitskraft aus, die immer wieder denkende Köpfe in den Damm der sozialistischen Lehre zieht.

Schon in jugendlichen Jahren, 22 Jahre alt, hat sich Engels unter dem Einfluss seiner Erfahrungen in England dem Sozialismus zugewandt, und von jener Zeit ab hat er, stetig um dessen wissenschaftliche Begründung und Erweiterung bemüht, mehr als ein halbes Jahrhundert freiwillig im Dienst der sozialistischen Idee gestanden, ohne daß er dafür Lohn oder Entgelt begehrte und empfing — ein unermüdlicher Geistesarbeiter, der, um seinem Freund Karl Marx die Möglichkeit zu bieten, seine wissenschaftlichen Studien fortsetzen zu können, fast zwei Jahrzehnte lang im Kontor der Spinnereifirma Ermen u. Engels in Manchester ausfiel. Und wie Engels hier, weil er glaubte, daß Marx mehr für die Begründung des Sozialismus zu tun vermöge, als er selbst, willig eine ihm wenig befriedigende Arbeitstätigkeit übernahm, so hat er später in hohem Alter, nachdem Marx gestorben war, unter Hintansetzung eigener Studien, die Aufgabe übernommen, aus dem Nachlaß des verstorbenen Freundes den zweiten und dritten Band des „Kapital“ herauszugeben und zugleich das verantwortungsvolle Amt eines Nachsetzers der inquisitorischen immer größerer Ausdehnung gelangenden internationalen Arbeiterbewegung zu versehen.

Freilich, mit Ernährungsfragen und bitterer physischer Not, wie Marx und so mancher andere sozialistische Denker, hat Friedrich Engels auf seinem Lebenswege niemals zu kämpfen gehabt; aber der innere Kampf mit sich selbst und mit einem widrigen Geschick ist auch ihm nicht erspart geblieben. Als Sohn einer pietätvollen, wohlhabenden bürgerlichen Fabrikantenfamilie in Wärrnen am 28. November 1820 geboren, erhielt er eine streng pietistische Erziehung, und die ersten Seelenkämpfe, die der früheste fleißigste Jüngling mit sich auszufechten hatte, waren religiöse Glaubensbekenntnisse, bis er schließlich über die Theologie Schlegelmachers zu David Strauß und dessen damals ungeheures Aufsehen erregendem Werk „Das Leben Jesu“ gelangte — ein Weg, der ihn im weiteren Verlauf zu Hegel und zu Feuerbach führte. Klammern sich für die Hegelsche Geschichtsphilosophie an und veranlaßte ihn, als 1841 seine militärische Dienstzeit herannahte, sein freiwilligen Jahr in Berlin

abzubringen, um dort in seinen freien Stunden an der Berliner Universität die Vorlesungen über Hegelsche Philosophie besuchen zu können. Bald geriet er, wie vor ihm Marx, immer tiefer in den Damm der Hegelschen Lehren zu, wie sie damals im Kreise der „Berliner Freien“ gepflegt wurde.

Durch die Beschäftigung mit den Schriften des Jungen Deutschland — schon mit achtzehn Jahren hatte er einige kleine kritische Beiträge für Karl Gutzkows „Telegraph“ geliefert — und den Verkehr mit radikalsten Junghegelianern entwickelte sich das junge Engels politische Glaubensbekenntnis immer mehr zum revolutionären Radikalismus. Sozialist im eigentlichen Sinne war jedoch Engels zu jener Zeit noch nicht. Er ist erst geworden, als er nach Ableistung seines Dienstjahres im Spätherbst 1842 auf Wunsch seines Vaters nach Manchester ging und dort zu seiner weiteren kaufmännischen Ausbildung in die Firma Ermen u. Engels, deren Mitinhaber sein Vater war, eintrat.

In Nordengland, damals der Zentrale der europäischen Industrie, erschloß sich dem mit scharfer Beobachtungsgabe ausgestatteten jungen Engels das Verständnis für das kapitalistische Wirtschaftsgeschehen und die in seiner Entwicklung wurde durch kommenden Tendenzen. Hier lernte er die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus und zugleich die damalige höchste Form der europäischen Arbeiterbewegung, den englischen Chartismus, und die sozialistischen Lehren Robert Owens kennen. Unter dem Eindruck seiner neuen Beobachtungen wurde Engels bald Mitarbeiter am Hauptblatt der Chartisten, dem „Northern Star“ — und revolutionärer Sozialist. Nicht Anhänger des utopisch-philantropischen Sozialismus Owens, sondern jenes im Entstehen begriffenen proletarischen Sozialismus, der, ausgehend vom Gedanken einer gesetzmäßigen sozialen Entwicklung, die Grundlage seiner Bestrebungen in der politischen Ökonomie und die Träger seiner zukünftigen Verwirklichung in den proletarischen Massen fand. Die Abhandlung „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, die Engels damals in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ veröffentlicht hat, sowie seine Schrift über die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ liefern für diesen Entwicklungsengang des jungen Engels die Beweise.

Zwei Jahre darauf verließ Engels Manchester wieder. Er fuhr über Paris und besuchte Marx, mit dem er schon vorher in brieflichen Verkehr getreten war. Die Folge ihres beiderseitigen Gedankenkontaktes über die politischen Streitfragen war jener enge vierzählige Freundeskreis, der erst 1883 durch den Tod von Marx gesprengt wurde. Fortan arbeiteten Marx und Engels gemeinsam. Die erste literarische Frucht dieses Bundes war die gegen Bruno Bauer gerichtete Spottsatire „Die heilige Familie“ und darauf die Abfassung des seitdem fast in alle Kultur Sprachen überetzten „kommunistischen Manifestes“. Die Ausführung weiterer geplanter Arbeiten wurden durch den Ausbruch der Revolution in Frankreich und Deutschland verhindert. Aufs tieffste von der revolutionären Strömung ergriffen, gingen beide nach Deutschland zurück und gründeten dort in Köln das erste sozialdemokratische Tagesblatt Deutschlands, die „Neue Rheinische Zeitung“. Als dann aber über die Rheinlande die Reaktion hereinbrach, verließ Engels die Feder mit dem Schwert. Er schloß sich dem rheinischen Aufstand an, ging in die Pfalz und trat in das Willkürliche Freischarcorps ein.

Nach der Niederwerfung der deutschen Revolution flüchtete Marx nach England. Ihm folgte Engels. Er ging wieder nach Manchester und trat aus neue in die Firma Ermen u. Engels ein. Im stetigen brieflichen und mündlichen Verkehr mit Marx nahm er an dessen Arbeiten regen Anteil, unterstützte den in dürftigen Verhältnissen lebenden Freund, wo er konnte, durch Geld und schrieb eine Reihe Korrespondenzartikel über das politische und wirtschaftliche Leben Englands für die „Newport Tribune“, sowie ferner mehrere Abhandlungen und politische Broschüren.

Obgleich Engels den Tag herbeisehnte, wo er dem „verfluchten Kommerz“ den Rücken kehren konnte, gelang es ihm doch erst 1869, sich aus der Spinnereifirma, deren Mitinhaber er inzwischen geworden war, zurückzuziehen. Sofort überflog er nach London, um im stetigen persönlichen Verkehr mit Marx zu bleiben und ihm einen Teil der sich rasch mehrenden Arbeiten abzunehmen, die die Leitung der 1864 gegründeten Arbeiter-Internationale mit sich brachte. Außerdem lieferte Engels eine Reihe Beiträge für auswärtige sozialistische Blätter. Die wichtigsten dieser Beiträge sind die Artikel gegen den Eugen Dühringischen Sozialismus, die Engels in den Jahren 1877 und 1878 für den Leipziger „Vorwärts“ geschrieben hat. Aus ihnen ist die bekannte, immer wieder von neuem aufgelegte Streifenschrift „Der Eugen Dühring's Unwägung der Wissenschaft“ hervorgegangen. Auch, als 1888 Marx hoch, adunte sich der bereits 62 Jahre alte Engels keine Ruhe. Er übernahm nicht nur die ausgedehnte Korrespondenz, die Marx als anerkannte Autorität mit den Führern der sozialistischen Parteien aller Weltteile gepflogen hatte, sondern ging auch sofort an die Aufgabe, den literarischen Nachlaß seines Freundes durchzugehen und herauszugeben. Zunächst veröffentlichte er 1884, gestützt auf ein Marx'sches Manuskript, die bekannte Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, der darauf 1885 die Herausgabe des zweiten und 1894 des dritten Bandes des „Kapital“ folgte. Außerdem hat Engels manchen Beitrag für sozialistische Zeitungen und Zeitschriften geliefert, vornehmlich für den Züricher und später den Londoner „Sozialdemokrat“ sowie für die „Neue Zeit“. Die wertvolle kleine Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie“ ist zum Beispiel zuerst im vierten Jahrgang der „Neuen Zeit“ erschienen.

So finden wir Engels noch im Alter von mehr als sechzig Jahren unermüdlich tätig als Korrektor, Ratgeber und Theoretiker der sich über alle Kulturstaaten der Erde ausbreitenden sozialistischen Arbeiterbewegung, stets dort eingreifend, wo sein Rat und seine Hilfe gefordert wurde, bis schließlich der Tod am 5. August 1895 der rastlosen Tätigkeit dieses Mannes ein Ende setzte — einer Tätigkeit nicht um des Gewinns oder anderer Ehrenten willen, sondern im Dienst eines großen Kulturideals zum Nutzen des um seinen sozialen Aufstieg kämpfenden Kopf- und handarbeitenden Proletariats. Dafür ist ihm dieses Proletariat den größten Dank schuldig, und darum feiern wir heute den hundertjährigen Geburtstag unseres Engels als großen Verdienst in der Geschichte des Sozialismus.

## Badische Politik

### Landwirtschaftskammer und Steuerdrückerei

Im Geseß über das Reichsnotopfer wurde die Veranlagung der landwirtschaftlichen Grundstücke und Gebäude nach dem Ertragswert vorgesehen. Hierzu gab dann das Reichsfinanzministerium im September Grundzüge für die Wertermittlung des landwirtschaftlichen Wertes zum Reichsnotopfer bekannt, worin verlangt wurde, daß bei der Ertragswertberechnung das Ergebnis der Jahre 1914—1919 zur Grundlage gelegt werde — eine Selbstverständlichkeit angesichts der veränderten Verhältnisse. Angesichts der Wünsche einer Reihe landwirtschaftlicher Vertretungen, die Veranlagung zum Wehrbeitrag und zur Besitzsteuer einsehen zu dürfen, meinte eine Presseäußerung des Reichsfinanzministeriums, daß dem Verlangen der landwirtschaftlichen Vertretungen auf Bewertung wie zum Wehrbeitrag zugestimmt werden könne, wenn die Landwirtschaft das Notopfer in Goldmark bezahle.

Die Badische Landwirtschaftskammer, die sich durch ihr Verhalten ausnehmend immer mehr auch die Sympathie der Kreise verschert, die ihr an sich geneigt sind, hat nun empfohlen, den bisherigen Steuerwert, d. h. die frühere Einkommens zur Vermögenssteuer als Wert anzusehen. Neben diesem Rat für die vorläufige Steuerereinschätzung berätet sie nun auch für die endgültige. Hierbei verlangt sie, daß die Landwirtschaftskammer als die gesetzliche Vertretung der Landwirtschaft zur Entscheidung dieser Frage beigezogen werde, und fordert ferner, daß die badischen Landwirte auf keinen Fall für den Reichsnotopfer beigezogen werden als die der anderen deutschen Länder. Welcher Art jedoch ihre Ratssache sein werden, befindet die Landwirtschaftskammer mit der Erklärung:

Man wird ausgehen müssen von dem früheren Steuerwerte, d. h. der Einkommens zur früheren badischen Vermögenssteuer, welche in Baden auch beim Wehrbeitrag und der Besitzsteuer zugrunde gelegt wurde. Es wird demnach die Frage zu erledigen sein: Soll der frühere

## Aufrüttelung

Von Ernst Toller.

Herblich den Reich aus blühenden Arkadien, von dem die Wunder perlentausend fallen, wie Blütenlaub aus dunkelroten Tulpen.  
Wir schritten durch die Dämmerwelt der Wunder, Verkünder pflichtigen Märchen mit weißen Händen, aus Sonnenstrahlen formte Glaube Kathedralen, von hochgewölbten Toren fielen Rosenpenden.  
Dal mordend trocken eke Tiere flammensprühend auf der Erde!  
Wir Wälder traumschwer blingelnd auf und hörten neben uns den Menschen schreien!  
Wir sahen die Gemeinheit Tränen feiern, Europa troff, entblüht, von Sudel, aus Gruben quoll der Rüge Strudel, Mouch schläng Spiralen beidend über unserm Haupt, zu unsern Füßen argelte Verzweiflung.  
Es schrie ein Mensch.  
Ein Bruder, der das große Wissen in sich trug, um alles Leid und alle Freude, um Schein und qualende Verachtung, ein Bruder, der den großen Willen in sich trug, verzückte Tempel hoher Freude zu erbauen und hohem Leid die Tore weit zu öffnen, bereit zur Tat.  
Der sollte lobend hatten Auf:  
Den Weg!  
Den Weg!  
Du Dichter weise.

## Persönliches von Friedrich Engels

(Ein unbekannter Brief Friedrich Engels.)

Friedrich Engels dessen 100jährigen Geburtstag die sozialistische Welt am morgigen Sonntag begeht, ist nicht zu allererst deshalb die bedeutungsvolle Persönlichkeit für die Entwicklung des Marxismus geworden, weil er Sohn des industriellen Rheinlands war. Engels selbst hat in der Reichswahlkampagne die Vorträge seiner rheinischen Heimat dahin festgelegt: „Von den übrigen durch die Franzosen revolutionierten Ländern hat Rheinpreußen die Industrie, —

von den übrigen deutschen Industriebezirken (Sachsen und Schlesien) die französische Revolution voranz.“ Hier fand sich bereits vor der 48er Revolution eine ausgebildete Industrie, ausgedehnter Handel, Anbahnung der Kapitalien, Freiheit des Grundeigentums, starke Bourgeoisie, massenhaftes Proletariat in den Städten, und unerschütterte Burgellenbauern auf dem Lande vor. Mehr als wo anders mußte dieser Boden das wirtschaftliche Aufsteigen des jungen Engels bestimmen. Und daß Engels das klassische Land des modernen Kapitalismus, England, kennen lernte, lag in den Beziehungen seiner Familie in Wärrnen zu der englischen Industrie begründet. Diesem Umstand verdankt der Sozialismus sein erstes wissenschaftliches Buch „Die Lage der arbeitenden Massen in England“.

Engels ist in seinem ferneren Leben der Großkapitälerei gewidmet, der Mann, der die Wärrner konnte und studierte, und dem die schwarz-weißen Grenzgebiete lächerlicher Wunder wurden Gerade deshalb zeichnet ihn ein tiefes Heimatgefühl aus. Seine Landsleute im Rheinland versteht und kennt er, und die Heimat an der Rupper ist ihm lieb und wert geblieben. Immer wieder weiß er mit starkem Gefühl das Lob der Heimat zu singen und den Rheinländer zu schätzen mag er nun mit kritischem Blick während des Aufstieges im Jahre 48 ihre Fehler bemängeln oder von ihnen erzählen, wie er mit der rheinischen Genossen im Wärrnerischen Corps den letzten Kampf für die demokratischen Ideale in der Pfalz und in Baden durchkämpfte.

Gerade zur rechten Zeit, zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages, soll hier ein bis jetzt unbekanntes Brief Engels veröffentlicht werden, der uns ein wunderbares Portrait von unserem Vorkämpfer entwirft. Dieser Brief ist an einen alten und längst verstorbenen Kämpfer der Arbeiterbewegung im Wuppertal gerichtet und wird leider erst jetzt bekannt.

122 Repet. auf Hoch N. N. London, 9. Feb. 48.

Wetter Genosse Mohrbrenn! Ich kann nicht umhin, Ihnen meinen besten Dank zu sagen für die Mühe, die Sie sich gegeben haben mit den Photographien meines 68jährigen Vaters im Wärrnen. Sie haben mir ungenannt Freunde gemacht und mir mandien tolleren Jugendjahren ins Gedächtnis zurückgerufen, der sich an diese Hausstube, an dies und jenes Zimmer, das Fenster öffnete. Das alte Frau'sein Demuth hat Recht, das Haus im Wärrnen, das zu meiner Jugendzeit die Nr. 500 trug, ist das richtigste, dahinter war unser Garten, dann die Weiche bis zum Engels'sen Gang, dann gegenüber die Häuser meines Großvaters Kasper und seines Bruders Benjamin Engels, in denen später meine Onkel Kasper und August wohnten. Ich glaube mich des Ael. Demuth noch dunkel an erinnern, sie muß

auch ein daarmal bei meinem Vetter Kasper gesehen haben, als wir beide noch jung gewesen. Sie kann Ihnen wohl auch noch das alte Stammhaus meiner Familie beschreiben, wo mein Großvater geboren wurde. Es stand oben am Ende von Engels'sen Gang, da wo er mit dem Bruch zusammenstößt, gegenüber vom Weg, der nach dem Wärrnen hinaufführt, aber damals keinen Namen hatte. Es war ein recht kleinbürgerliches, zweistöckiges Haus, zu meiner Jugendzeit unten Lagerhaus, und oben wohnten zwei Wärrner, meine Großeltern, Kamillienpensionäre, bekannt als Drückchen und Rincken, die uns Kinder oft mit Apfelkuchen auf Brot traktierten. Die Eisenbahn hat das Haus verdrängt.

Daß der Bruch, so sagten wir damals schon, lange nicht so fromm ist wie früher, darüber hat mir mein Bruder Rudolf schon vor Jahren klaren Wein eingeschenkt. Er zeigte auf das Haus gegenüber, wo früher ein gewisser Ottenbruch wohnte und das ein Wärrnerhaus heißt: „Siehst Du, da kommen auch die Sozialdemokraten schon viel hin!“ Sozialdemokraten im Bruch — das war allerdings eine kolossale Revolution gegen 50 Jahre früher.

Eine noch größere würde es allerdings sein, wenn unser altes Haus eine f. d. Druckerie würde. Das aber müßten Sie sehr geschickt anfangen. Das Haus gehört jetzt meinem Bruder Hermann, wenn der es nicht wieder verkauft hat, und der würde es schwerlich dazu verkaufen, wenn er wüßte, was damit vorgenommen werden sollte. Nun, daraus wird wohl so bald nichts werden, das wäre gar zu schön.

Nun leben Sie recht wohl. Ich komme doch noch ens na Wörrnen on denn well et se beßten, on dann vertellen Se mef, wat dat vör Sauterereien gewesen sind onger dat Sozialistengeß.

Aufreichtesten Gruß Ihr

F. Engels.

Wir haben wohl kaum einen Brief von Engels, der so lebendig geschrieben ist. Der Kreis malt seinen Heimatort und man sieht förmlich das Ritzgerhaus in der Nähe des Wärrnerhofs in Wärrnen, herrliche Art mit Schieferdächeln und grünen Kuppelgärten. Wer die Heimat liebt wie er, kann sich nur im späten Alter so lebhaft noch an Drückchen und Rincken erinnern. Wenn er von der sozialdemokratischen Druckerie spricht, so berührt er ein Lieblingsprojekt unserer Wärrner Genossen, aus dem nichts geworden ist. Der Partei zuliebe konspiriert Engels aber gegen seinen Bruder.

Interessant ist der Schluß des Briefes im rheinischen Dialekt. Das beweist, daß Engels neben den fremden Sprachen, die ihm geläufig waren, die heimische Mundart bis ins hohe Alter beherrschte.



Steuern unangetastet auch für das Reichsnotopfer eingeleitet werden? oder soll eine Erhöhung in einem bestimmten Verhältnis stattfinden? Die Badische Landwirtschaftskammer muß den Standpunkt vertreten, daß bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer jedenfalls die früheren Steuerwerte nicht bedeutend erhöht werden dürfen.

Angeht die Abänderung der Einkommen- und Körperschaftsteuern, die durch den Kriegszustand aus dem Kriegsjahren 1914/15 nicht zur Verfügung, ist es nicht diese Dinge auf's genaueste zu erforschen und heute schon gegen jegliche Steuerdrückerei energisch Front zu machen.

**Die „Badische Post“ in vollem Rückzug**

Anscheinend hat der Firma Gebr. Himmelsbach der erste Abdruck der „Badischen Post“ nicht genügt, weshalb das sozialistische Blatt jetzt gezwungen ist, nach Einverständnis der Firma, nochmals zu betonen, daß die Voraussetzungen eines Artikels hinwärtig sind und in fast widerwärtigem Ton zu erklären:

Wir bedauern dieses Vorkommnis und stehen in besonderem Maße an, Dr. h. c. H. Himmelsbach zu begreifen, nachdem uns auch für die Belege übermittelt worden sind, daß er in seiner Eigenschaft als deutscher Sozialdemokrat in Paris und durchaus selbstloser Weise lediglich die Interessen Deutschlands sowie die Interessen von Holzhandel und Sägewirtschaft in ihrer Gesamtheit vertreten hat.

Nach der großen Niederlage, die die „Badische Post“ wegen der Veröffentlichung des „nationalen“ Geschäftsartikels des Herrn Wagner erlitten hat, ist dies mehr als ein blamabler Rückzug.

**Veratung des Fürsorgegesetzes in dem Ausschuss für Rechtsbillige und Verwaltung**

Es wurde in die Beratung des § 46 des Entwurfs eingetreten. Beanstandet wurde bei Abs. 1 die Prozente gegen bisherige Prozentanteile Umlegung der gezahlten Beiträge am Aufschlag, sowie Witwen, Waisen und Waisengeld von der Gesamtheit der Anteilsgemeinden. Nach den Erklärungen der Regierung wurden die Bedenken gehoben. Zu Abs. 3 wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, daß das Wort „häufig“ durch 25 Prozent ersetzt wird. Der Antrag wird abgelehnt. Als neuer Absatz wird von sozialdemokratischer Seite beantragt, den Abänderungsvorschlag des Verbandes der mittleren Städte als Absatz 4 einzufügen. Der Antrag fand keine Annahme. Der § 46 wird nach einigen Änderungen angenommen. Die §§ 47-51 wurden nach dem Entwurf angenommen. Zu Abschnitt V, das Verhältnis zur reichsrechtlichen Invaliden- und Angehörigenversicherung betr., wird zu § 52 Abs. 1 auf Antrag des Berichterstatters folgender Zusatz eingefügt:

1. Das Recht der freiwilligen Weiterversicherung auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder des Versicherungsgesetzes für die Anstellten wird durch den Beitritt zur Fürsorgekasse nicht berührt. Eine Aufrechnung der Bezüge aus diesen Versicherungen auf die Bezüge des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte findet nur im Falle des § 53 statt.

2. Diejenigen nach der Reichsversicherungsordnung oder dem Versicherungsgesetz für Anstellten zur Selbstversicherung oder Weiterversicherung berechtigten Mitglieder, welche von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, haben dies innerhalb 6 Monaten nach dem Eintritt in die Versicherung dem Verwaltungsrat der Anstalt schriftlich anzuzeigen.

3. Unterläßt das Mitglied auf eigene Kosten die freiwillige Weiterversicherung in der Invalidenversicherung und sind für ihn mindestens 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Selbstversicherung geleistet, so übernimmt die Fürsorgekasse diese Weiterversicherung. Sie entrichtet in diesem Falle während der Dauer der Dienstzeit wöchentlich einen Beitrag, höchstens nur die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge.

Abs. 2 und 3 des Entwurfs bleiben als Abs. 4 und 5 bestehen. Zu § 53 wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt, den letzten Satz zu streichen; desgleichen auch bei § 55. Dem wurde nachgegeben.

In der Nachmittags Sitzung wurde die Beratung mit dem Abschnitt VI, Rückversicherung der Gemeinden § 7 fortzusetzen, der unverändert angenommen wurde. Die §§ 58-60 wurden nach dem Entwurf angenommen. Ein neuer § 60c erhielt folgende Fassung: Die Bestimmungen der §§ 57-59 finden entsprechende Anwendung auf Körperverletzte im Sinne des § 2 Abs. 1. Abschnitt VII, die Organisation und Verwaltung der Anstalten, wurde nach dem Entwurf angenommen. Zu § 61 Abs. 1 wurde vom Berichterstatter folgender Antrag gestellt und angenommen: Der erweiterte Verwaltungsrat besteht aus mindestens 16 Mitgliedern und zwar aus 3 Vertretern der Fürsorgekasse beteiligten Gemeinden und die übrigen Mitglieder der Körperschaften und die von ihnen angemeldeten Klassenmitglieder haben mindestens je einen Vertreter zu stellen. Die Wahl des erweiterten Verwaltungsrats hat schriftlich nach den Grunddaten der Verhältnisse nach zu erfolgen. Die Wahlen erfolgen auf vier Jahre. Für jeden Vertreter sind gleichzeitig zwei Ersatzmänner zu wählen. Abs. 2 fällt weg. Die Absätze 3 und 4 werden 2 und 3. Am 1. April 1921 wird der § 64 nach dem Entwurf angenommen. Die §§ 65-67 wurden nach einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Der Abschnitt VIII, die Einführungs- und Uebergangsbestimmungen des Gesetzes vom 8. Juli 1906 betr., wurden die §§ 68-77 unverändert angenommen. Zu Abschnitt IX, § 78, Einführungs- und Uebergangsbestimmungen des Abänderungsgesetzes von 1906, wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt, das Gesetz mit dem 1. Juli 1921 in Kraft treten zu lassen. Die Regierung erklärt, kann in der Lage zu sein, bis dahin die Vollzugsbestimmungen fertig stellen zu haben. Es wurde die Antragslegung erst auf 1. Januar 1922 beschlossen. Bei Abschnitt X, Einführungs- und Uebergangsbestimmungen zum neuen Gesetz, wurde zu § 84 von sozialdemokratischer Seite beantragt: „Die seit Kriegsende nicht mehr gewählten Bürgermeister sind ebenfalls so zu behandeln, als ob sie unter der Herrschaft des neuen Gesetzes gestanden hätten.“ Der Antrag wurde abgelehnt. Zu § 84 Abs. 2 wurde folgender sozialdemokratischer Antrag angenommen: „Zum freiwilligen Beitritt nicht berechtigt ist, wer das 50. Lebensjahr überschritten hat und außerstande ist, seine Dienstfähigkeit durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen.“ Damit ist die erste Lesung des Fürsorgegesetzes beendet.

Nachtrag zum Staatsveranschlag. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist aus dem Entwurf der zweite Nachtrag zum Staatsveranschlag in Bearbeitung. Dieser Nachtrag wird nur sachliche Ausgaben enthalten, während der erste Nachtrag nur persönliche Ausgaben wegen Ausführung des neuen Verfassungsgesetzes enthielt.

Der Ausschuss des Badischen Landtages für Rechtspflege und Verwaltung beendigt am Donnerstag die erste Lesung des Entwurfs zu einem neuen Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte. — Wie wir hören, wird der Badische Landtag im ersten Drittel des Dezember mit seinen Vollversammlungen beginnen.

Massnahmen zur Abhilfe gegen die Kohlen- und Elektrizitätsnot. Die erste Notlage in der Kohlen- und Elektrizitätsversorgung, in die wir durch das Fehlen von Niederdrücken in den letzten Wochen gekommen sind, hat das Ministerium des Innern bereits beantragt, durch Verordnung vom 12. November

1920 die Polizeistunde auf 10 Uhr herabzusetzen. Die gleichen Gründe verlangen gebieterisch, daß auch die übrigen in der Veranschlagung des Bundesrats vom 11. Dezember 1916, über die Ersparsnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vorzusehenden Sparmaßnahmen mit aller Strenge durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere für das Verbot der Lichterflamme, die Beschränkung der Beleuchtung der Läden usw. und das Verbot der Außenbeleuchtung. Die Bezirksämter wurden beauftragt, die Einhaltung dieser Bestimmungen scharf zu überwachen und gegen Zuwiderhandlungen einzuschreiten.

**Deutscher Reichstag**

Berlin, 26. Nov.

Am Ministerisch: Reichsminister Dr. Koch.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen begründet Abg. Berndt (D.R.) die Interpellation wegen des Berliner Elektrizitätsstreiks. Die Berliner Stadtverwaltung habe sich als energielos erwiesen und die Regierung habe, anstatt zu handeln, sich aufs Verhandeln eingelassen. Warum wurde die verpöbte gefundene Technische Nothilfe wieder fortgeschickt? Die Bevölkerung wünscht eine Aufklärung der Reichsregierung darüber, daß sich solche Vorgänge für die Zukunft nicht wiederholen. Ebenso wie auf volkswirtschaftlichem Gebiete hat auch der Streik auf politischem Gebiete die größten Gefahren heraufbeschworen. Dazu kommt die soziale Verunsicherung der Gegenparteien amischen Bürgerlichkeit und Arbeiterklasse. Wir brauchen Einigkeit und keine Verunsicherung. (Widerpruch links.) Dieser Streik ist mit ein Beweis für die Machtlosigkeit der Gewerkschaften. Deshalb muß die Staatsgewalt die Gewerkschaften unterdrücken. Vor allem müßte die Technische Nothilfe einkaufend ausgeteilt werden, damit sie auch für die Mittelbevölkerung nutzbringend verwendet werden kann. Die Regierung muß auch eingeschlossen sein, die Technische Nothilfe zu lösen.

Reichsminister Dr. Koch verliest eine Erklärung der Regierung, in der der wilde Charakter des Streiks betont, die schweren Folgen für Krankenhäuser usw. hervorzuheben und die Eisenbahnunfälle erwähnt werden. Als die Stadtverwaltung nicht einschritt, habe sich die Reichsregierung in Verbindung mit der preussischen Regierung auf Grund des Art. 48 der Verfassung außerordentliche Vollmachten ausstellen lassen. Die Technische Nothilfe werde in Verbindung mit den freien und öffentlichen Arbeitern organisiert werden. Ein Schlichtungsgesetz ist in Vorbereitung und wird an die Stelle der Schlichtungsordnung treten. Erst nachdem die Selbstverwaltung in Berlin verfaßt wäre, konnte die Regierung eingreifen. Wenn aber schließlich die Selbstverwaltung auf den Grund der Reichsregierung hin sich dennoch auferrecht und den Streik zum Abschluß gebracht hat, so sei das doch erfreulich. Die Reichsregierung habe nicht nach dem Kauf, selber den Frieden geschlossen zu haben. Gegen Herrn Eolt hat sich bislang kein ausreichendes Material ergeben, das man ihn fesseln könnte. Da das Gesetz sich nicht gegen die Arbeitermehrheit richtet, habe ich keinen Anlaß, durch eine eingehende Erörterung neue Meinungsverschiedenheiten hervorzuheben. Mit einer Aufhebung der Ausnahmebestimmung, die auch von den Reichsmitgliedern verlangt wurde, kann ich mich so weniger einverstanden sein, als noch gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordnete Reppst mit einem neuen Streik droht hat. Jedenfalls gebe ich mich nicht dazu her, bei Wiederholung eines solchen Streikes, den Arbeitern nachher wieder die Türen zu den verlassen Werken zu öffnen. Das Vorzeichen der Staatsregierung wird die Entwicklung des Gewerkschaftswesens nicht führen. Es ist bedauerlich, daß es noch nicht gelungen ist, den Einfluß der Gewerkschaften herab zu setzen. Berlin muß wieder zur Stätte der Arbeit und Ordnung werden, damit das Vertrauen ganz Deutschlands und auch das des Auslandes wiederhergestellt werden kann. Wir werden es mit starker Hand (Schol) verhindern, daß eine Handvoll Anarchisten auf der äußeren Linie die Wiederkehr von Ruhe und Ordnung führt. (Wohne reich: Anrufe und Lärm links.)

Abg. Kretsch (Soz.): Wer der Kopfputz ein Verbrechen am Volk, so gilt das ebenso von diesem Streik. Aber die Deutschen-Rationalen haben keinen Anlaß, hier den Mund aufzureißen. Das die Arbeiterklasse allmählich wieder zum Nichtbewußtsein kommt, ist erfreulich. Die Voraussetzung dafür ist natürlich die Erfüllung berechtigter Ansprüche. Der Arbeiter hat sich mit der äußeren Linie auseinandersetzen, die einen Reduktion zu begehren habe. Die Linde habe den Arbeiter mehr zum Austritt gezwungen. Seit Jahrzehnten habe in der deutschen Gewerkschaft der Grundfalsch bestanden, nicht zu streiken, solange eine Verhandlungsmöglichkeit besteht. Diesem Grundfalsch hat sich die Linde nicht gefügt. Statt zu verhandeln, hat sie die Elektrizitätsarbeiter in den Streik getrieben und sie gefesselt schwer geschädigt. Das ist eine gewissenlose Schädigung der Arbeiter. Aber wenn man die Stilllegung von Betrieben im Interesse der Arbeiter verbieten will, muß auch die entsprechende Stilllegung von Betrieben, sonst schädigt man das Vertrauen in der Arbeiterschaft und ihre Fähigkeit, die Volkswirtschaft zu befechtigen. Man schädigt damit auch die Sozialversicherungskasse.

Abg. Fischer (Fr.): Wir sind mit den Erklärungen der Minister einverstanden und billigen auch das Vorzeichen der Regierung bei der Belegung des Streiks. Selbstverständlich legen diesem revolutionären Absichten zu Grunde. Die Sozialistische Bewegung ist kein Mittel gegen die Schäden der Welt, denn dieser Streik brach in einem sozialistischen Betriebe gegen einen sozialdemokratischen Arbeitgeber, nämlich den Berliner Magistrat, aus. Der Weg durch das Chaos führt nicht zum kommunikativen Paradies, sondern zu grenzenlosen Ekel und Störung des Verantwortungsgefühls der Führer und Massen. Der Geist muß durch die christliche Lebensauffassung gesäubert werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten muß bestehen bleiben, solange noch solche Verengungen Arbeitswilliger möglich sind, wie wir sie erlebt haben. Der Schlichtungsverordnung muß eine Bestimmung angefügt werden, monach entgegen den Wünschen der Beteiligten der Schlichtungsentscheid auch verbindlich erklärt werden kann, wenn dies für das Wohl der Allgemeinheit nötig erscheint.

Abg. Zährner (D.D.): Der Streik in gemeinnützigen Betrieben sollte ganz verboten werden. Die Regierung möge auf ihrem Standpunkte beharren.

Abg. Brühl (L.S.): Ein allgemeiner Streik hätte nur dazu beitragen können, die Freiheit Berlins auf das schärfste zu gefährden, wie das auch die Reden der Vertreter der bürgerlichen Parteien und des Ministers klar erkennen lassen. In der Technischen Nothilfe sehen auch wir nur eine höchstschwierigste Organisation von Streikbrechern. Auch wir verlangen die Aufhebung der Ausnahmebestimmung. Aber wenn es bei dem Berliner Streik trotz aller ansehnlichen Verhaftungen auch nicht ein einziger Säugling gestorben. Da schmeißt doch die Klagen der Rechten hart nach Deutschland. Der vorübergehende Charakter der Ausnahmebestimmung darf die Grundrechte des Staatsbürgers nicht gefährden, sonst handelt es sich um einen Verfassungsbruch des Reichspräsidenten. (Beifall.)

Abg. Kretsch (Soz.): Heute ist mir der Beweis erbracht worden, wie recht wir hatten, als wir immer wieder die Schlichtungsordnung gefordert haben. Dann wären Ausnahmebestimmungen nicht notwendig gewesen. Selten haben die Re-

gierung Arbeiter den Streik einmütiger abgelehnt, wie diesen, noch seltener aber ist ein Streik in so frivoler Weise vom Baume gebrochen worden, wie dieser. Wer in einem öffentlichen Betrieb Stellung nimmt, hat darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Interesse des Einzelnen sich dem der Allgemeinheit untergeordnet hat. Wir protestieren dagegen, daß einzelne Arbeiter, wie Eolt und Genossen, die deutsche Arbeiterschaft beschimpfen und auf den Hund bringen. Dem Antrag Matzahn in Verbindung mit dem Antrag Schäfer auf Aufhebung des Ausnahmezustandes nach Einführung des Schlichtungsverfahrens stimme ich zu.

Das Haus verliert sodann die Weiterberatung auf morgen vorm. 11 Uhr. Die Abstimmung über die Anträge soll erst am Dienstag erfolgen. — Schluß 17 Uhr.

26. Nov. Berlin, 26. Nov. Im Hauptauschuß des Reichstages wurde ein sozialdemokratischer Antrag, von der Gesamtsumme der Kosten für Waffen, Munition und Gerätschaften in Höhe von 286 Millionen Mark die Summe von 65 Millionen Mark abzutreiben, mit Unterstützung der U.S.P. und des Zentrums angenommen. Der Minister Dr. Goltz erklärte, daß die Generalverwaltung durch diesen Beschluß in die größten Schwierigkeiten kommen könne, da der Doubel der eingesetzten Gelder nicht nur für die Beschaffung von Munition, sondern für unentbehrliche Instandsetzungsarbeiten bestimmt seien.

**Ein Nachtragkredit**

Laut „Berliner Tagblatt“ verläutet in parlamentarischen Kreisen, daß dem Reichstag demnächst ein 10 Millionen-Nachtragsetat anzuhandeln. Es handelt sich vornehmlich um die Bereitstellung von Mitteln zum Ankauf von Lebensmitteln und Dünge Mitteln aus dem Ausland.

**Aus der Partei**

Politische Aufklärungsarbeit zu leisten ist heute mehr denn je notwendig. Die Unkenntnis breiter Volksschichten über die elementarsten Gesetze des politischen und wirtschaftlichen Geschehens kann nur durch unermüdete Bildungsarbeit bekämpft werden. Um diese Arbeit zu erleichtern, hat der Zentralbildungsausschuß Referentienmaterial in Form von Kursumfassungen herausgegeben, von denen neu erschienen sind: Dr. Quast, die Reichsverfassung von Weimar (1 M.), Paul Dirac, Gemeindefiskalismus (1,50 M.), Erich Kuttner, Die politischen Parteien in Deutschland (Doppelnummer 2 M.), Schlein, Leitfaden zum Studium der Geschichte des Sozialismus (1 M.), Meines, Wirtschaftsgeschichte (1 M.), Kaufhäuser, Sozialisierung des Wirtschaftslebens (1 M.), Schulz, Grundbegriffe der Volkswirtschaft (1,50 M.). Weitere Dispositionen sind in Vorbereitung. Vorschläge sind unter vorheriger Einigung des Zentrums nebst Parteimitgliedern (H. Weimann), Berlin SW. 63, Lindenstraße, zu richten.

**Aus dem Lande**

Spöck, 26. Nov. Letzten Donnerstag fand hier im Lokal zum „Grünen Baum“ der 1. Bildungsdorttag statt. Gen. Erling (Karlruhe) sprach über „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Der Vortrag war leider schlecht besucht, obwohl es die hiesige Ortsleitung an der nötigen Agitation nicht fehlen ließ. Diese Interesslosigkeit ist sehr zu bedauern. Mit dem kritischen an den Verhältnissen ist es nicht getan; es muß praktisch mitgearbeitet werden, was aber nur möglich ist, wenn die nötige theoretische Schulung vorhanden ist. Es wurden hier in letzter Zeit Vereine gegründet, die sich Arbeitervereine nennen, deren Mitglieder aber noch nicht zum achten Teil politisch organisiert sind. Diese Vereine seien hiermit ersucht, in Zukunft ihre Versammlungen an einem anderen Tag abzuhalten und ihre Mitglieder zu veranlassen, auch andere Versammlungen und Vorträge zu besuchen. Auch die ganze übrige Arbeiterschaft von Spöck wird schon jetzt ersucht, den nächsten Bildungsdorttag, der im Februar 1921 stattfindet, recht zahlreich zu besuchen.

Eggenstein bei Mosbach, 26. Nov. Vor 8 Tagen verunglückte der Landwirt Leopold Köhler dadurch, daß ihm das Pferd seines Fuhrwerks einen Schlag auf den Hinterfuß versetzte, wodurch Verwundungen verursacht wurden. Köhlinger ist gestern im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

W. Gengenbach, 26. Nov. Heute fand hier die Bürgermeisterversammlung statt. Der vom Zentrum aufgestellte Bürgermeisterskandidat Matzschreiber wird von 36 Stimmen im Stadtrat, Stadtrichter Kilia von hier, der von den Sozialdemokraten und Demokraten aufgestellt war, erhielt 20 Stimmen. Matzschreiber ist somit gewählt.

Freiburg, 26. Nov. Das städtische Vermessungsamt hat die horizontale Lage der neuen Ministeriumspforte, da dieselbe für die Landesvermessung ein Signal höherer Ordnung ist, mit der alten durch genaue trigonometrische Messung und Berechnung verglichen. Das Ergebnis war, daß die neue Spitze gegen die alte um 8 Zentimeter höher liegt. — Ferner wurde bei dieser Gelegenheit die jetzige Höhe des Minlerters ermittelt und zwar in Höhe über dem Meeresspiegel: Bobenkopf am oberen Ende des Sternes 388,90 Meter, Turmhöhe vom Boden vor dem Portal bis zum oberen Ende des Sternes 116,4 Meter.

Wörrach, 26. Nov. Der Flugplatzverleiher Frankfurt-Wörrach hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Veranlagung des Flugplatzes haben erkannt, daß ein solcher Flugplatz für unsicher ist und keinen dauernden Bestand haben kann, und haben sich daher entschlossen, vom 1. Dezember an auch in Wörrach ständig ein Flugzeug zu stationieren, um so dafür zu sorgen, daß wenigstens die von Wörrach ausgehenden Post mit dem Flugzeug regelmäßig befördert werden kann. Zu diesem Zweck wurde auf dem Flugplatz Wörrach ein Schuppen errichtet.

Schweigen, 24. Nov. Der Antrag des Gemeinderats auf Erhebung einer Gemeindefeuer auf das Einkommensteuerfreie Existenzminimum und damit auch des städtischen Nachborsanhschlag wurden vom Bürgerausschuß mit 43 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Helberberg, 26. Nov. Ein in Röhbach wohnender Kaufmann aus Kolberg wurde wegen Unterdrückung der Kriegskasse seiner Selbstverwaltung, einer Fuhrparkkassene in Straßburg verhaftet. Die Unterdrückung war im Jahre 1918 erfolgt und wurde jetzt durch einen anonymen Brief der Kriminalpolizei mitgeteilt. Der Verhaftete war Fuhrparkverwalter und hatte bei seiner Festnahme noch 4 Tausendmark in der Tasche. Die unterdrückte Summe soll über 200.000 M. betragen.

Mannheim, 26. Nov. Der Bezirkslehrer-Verein Mannheim-Stadt hat in seiner letzten Mitgliederversammlung einstimmig folgende Resolution gefaßt: Der Bezirkslehrer-Verein Mannheim vertritt mit Bedauern, daß die Errichtung der Mannheimer Gandelshofschule in Gefahr sei. Die Behörde hat das größte Interesse am Bestand der Hochschule, und sie ist stolz darauf, einst zur Schaffung des Lehrstuhls für Philosophie und Pädagogik den Anstoß gegeben zu haben. Sie erhebt den dringenden Wunsch, ein derart wichtiges Bildungsinstitut und Kulturmittel weiterhin zu erhalten.

Weinheim, 24. Nov. Auf einem Dienstage ist der Gerichtsvoollzieher Klaus beiwade von einem in letzter Richtung vom Himmel herabfallenden Meteorstein erschlagen worden. Die Kleider des Herrn Klaus wurden bereits von dem Stein gestreift. Dieser ist 15 Zentimeter lang und hat ein Gewicht von 1 Kilogramm. Er zerfiel in kleine Stücke, die zunächst noch glühend warm waren.



Morgen Sonntag vormittag 9 1/2 U r im „Kolosseum“ Volksversammlung Reichstagsabg. Dr. U. Braun - Deutschlands Zukunft Arbeiter, Parteigenossen, Beamte, erscheint in Massen!

Aus der Stadt

Karlsruhe, 27. November.

Karlsruher Parteinachrichten

Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei. Montag abend 6 Uhr findet im Büro von Gen. Dr. Kullmann, Kaiserstraße 124 b, eine Sitzung statt, zu der das Erscheinen aller Mitglieder nötig ist, da einige wichtige Fragen zu besprechen sind.

Bezirk Südstadt. Wir machen nochmals auf die morgen abend von 8 Uhr ab im „Brüder Ludwig“ stattfindende öffentliche Zusammenkunft aufmerksam.

Konntag, den 29. ds. Mts., abends 1/2 8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Eiche“, Augustenstraße, eine Komitee-Sitzung statt, zu der sämtliche Straßenobleute, Vertrauensmänner sowie Einflusssitzer eingeladen werden mit dem bringenden Ersuchen um vollzähliges Erscheinen.

Sakenkreuz

Sind Kreuze, die einen Haken haben.

Das ist der Sinn des Wortes.

Sie sind sehr modern. Man versteht dieses Kreuz, wie so manches andere, sehr mutig aber auch sehr überlegt zu tragen. Das Hakenkreuz trägt, wer ein echter Vaterlandsfreund, Arbeiter- und Judenfeind ist.

Das ist der Sinn der Sache.

Aus diesem Grunde:

Das Reichsmitglied Auguste Viktoria Schulze, deutschnationale Rost, Eisenbahn-, Steuerdirektorstochter, erhält das Sakenkreuz an einem goldenen Ketten um den Hals als Patengeldent. Der Schüler Kois (frisch Kois) von Falkenberg, Mitglied des „Jugendturn“, Jugendbewegter, trägt es als Aabel am schwarz-weiß-roten Selbstbinder.

Das deutschnationale Handlungsgehilfenverbandsmitglied, Mitglied der „Orpheus“ und des F. C. Holz-Klubs Gottlieb Kofferein, schenkt es seinem G'stufi Amalie Jartgeklüster in Form einer Brosche, an der Stelle zu tragen, wo sonst der Haken ist.

Der Student Emanuel Schmitzowski (drei Durchzieher rechte Wade, Nase angenäht, Kopf bandagiert, Karbolgeruch ausstrahlend), Aorps „Bandalia“ (\*\*\*), ehemals „Wahnenfeld“, gelegentlich Mitarbeiter des „Korr. Bureau“ Hansa, zieht sein Knopfloch mit einem in Silber ausgeführten Exemplar.

Herr Deutscher Schuh- und Schuhbinderlehrling (wie kann man nur: „Kais“?) aber trägt es in beiden Knopflochern, als Schlüssel, in Form eines Ringes, an den Hakenträgern, Strumpfhalter. Seine Uhrkette besteht aus Sakenkreuzen, auf die Hakenkreuz, Portemonnaie ist es in Leder gepreßt, auch in Form von Tätowierungen soll es vorhanden sein.

Das alles ist nicht neu. — Neu aber ist:

Es trägt auch Herr Scholaden- und Konfuzienreiffender Jibor Cohn, in Firma Jakobsohn u. Co., Scholaden ein großes. Er schlägt damit jede Konfuzien. Alles staunt und alles wandert sich. „Herr Cohn! Wie, auch Sie...?“ Cohn lächelt überlegen. Ihm kann keiner.

Er hat Anspruch darauf, als erster das Hebel „Sakenkreuz“ erfolgreich bekämpft zu haben. Wo er auftaucht, verschwindet es leise weinend.

Ob dieser Teufel tatsächlich nur mit Begehren angetrieben werden kann?

Die neuen Petroleum- und Spirituspreise

Wer mit Spiritus oder Petroleum kocht oder beheizt, in der Meinung, daß er damit billiger wegkame als mit Gas, befindet sich in einem großen Irrtum. Braucht man doch zum Kochen von 1 Liter Wasser 20-25 Gramm Spiritus, die vom Literpreis von 6.50 M im Mittel 20 Pf. kosten, während zur gleichen Leistung nur 40 Liter Gas zu 65 Pf. nötig sind. Das Anwärmen von Speisen mit Spiritus kostet also dreimal so viel, wie mit Gas. Kocher teurer ist heute das Petroleumlicht. Eine 30erzige Petroleumlampe braucht in der Stunde 35 Gramm Petroleum zu 40 Pf., eine 30erzige Gaslampe nur 40 Liter Gas zu 45 Pf. und selbst die kleine nur 15erzige Petroleumlampe kostet in der Stunde immer noch fünfmal mehr als die doppelt so helle 30erzige Gaslampe.

§ Der eingetragene Petroleum. Der Wirt Sannwald aus Mannheim wurde, wie uns geschrieben wird, vom Schöffengericht Karlsruhe wegen Verletzung des Bezirksleiters des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter S. Pilz in Karlsruhe, zu einer Geldstrafe von 300 M und zur Tragung der Kosten verurteilt. Sannwald hatte in einer Versammlung der Brauereien, Wirte- und Arbeitervertreter sich geäußert: „Sils sei von den Brauereien gekauft, weil derselbe den unberechtigten Preis treiben der Witte entgegengetreten ist. Daß es sich bei Herrn Sannwald nur um eine Petroleumdunstung handelt, zeigte auch sein Benehmen in der Verhandlung und ging Rechtsanwalt Kullmann mit diesem scharfen Gericht. Herr Sannwald meint, die Arbeitervertreter hätten bei der Festsetzung der Bierpreise überhaupt nichts zu sagen und das Publikum habe sich einfach die Preise von den Wirten diktieren zu lassen. Eine besondere Fierde der Wirtesorganisation ist wohl Herr Sannwald nicht und wird derselbe nun sein altes Mundwort etwas im Zaume halten.

Abstufung der schwarzen „Wacht am Rhein“. Die schwarzen Franzosen, die bisher d.n. Karlsruher Rheinbaben „bewachten“, sind in den letzten Tagen durch französische Alpenjäger ersetzt worden.

In der Angelegenheit der Fällung der Aus- und Einfuhrgebühren ist jetzt der letzte Angelegte, der Kaufmann Herr, verhandelt worden. Herr bezog die Personen, die Aus- und Einfuhrgebühren machen wollten, gegen hohe Vergütungen die Aus- und Einfuhrgebühren. In einer Gerichtsverhandlung, die jüngst hier stattfand, wurde festgestellt, daß er sich für einen Schein 1000 Mark zahlen ließ.

Das Geschäft blüht. In der außerordentlichen Generalversammlung der Maschinenbau-Gesellschaft waren 6399 Aktien vertreten. Die Erhöhung des Aktienkapitals von 10 auf 20 Millionen zum Ausgabekurs von 130 Proz. ohne Zinseszinsen mit Dividendenberechnung ab 1. Juli 1920, einsehbar vom 15. Dezember 1920 bis einschließlich 8. Januar 1921, wurde beschlossen. Auf je eine alte Aktie entfällt eine neue.

Sonntagsdienst der Apotheken. Verthold-Apothek, Rintheimstraße 1, Tel. 885. — Wömer-Apothek, Marktplatz, Kaiserstraße 72, Tel. 1400. — Stadt-Apothek, Kaiserstraße 19, Tel. 177. — Söfen-Apothek, Söfenstraße, Ecke Uhländstraße, Tel. 1180. — Söfen-Apothek, Südstadt, Ruppertstraße, Ecke Kankestraße, Tel. 3252.

Kinder in Not!

Der Hunger der deutschen Kinder löst heute an die Ohren aller, die hören wollen. Die Not ist groß! Hunger und Kälte zehren an der Lebenskraft Tausender, die ihnen schulpflos preisgegeben sind. Wenn nicht Hilfe kommt, reiche und nachhaltige Hilfe, wird die Zukunftshoffnung unseres Volkes schon in der Mitleid geknickt; und damit würde auch die Aussicht auf die wirtschaftliche Wiedergutmachung Deutschlands in fernster Zukunft rücken. Es haben sich daher die bedeutendsten Wohltätigkeits-Organisationen aller Richtungen zu einem großen Hilfswerk zusammengeschlossen, das die Mittel erbringen soll, um den notleidenden Kindern wirksame und nachhaltige Hilfe zu bringen.

Am 27. November findet eine Sausammlung, am Sonntag, 28. Nov., eine Straßensammlung durch Schüler der hiesigen Lehranstalten statt. In der Zeit vom 25. November bis 12. Dezember liegen Listen in den durch Plakate gekennzeichneten Sammelstellen auf. Gebe jeder, seiner fähig!

Polizeibericht vom 27. Nov. Betrüglerien: Gestern gelang es, eine Räuberin aus Freiburg festzunehmen, welche sich in den letzten Tagen unter Vorzeigung einer fälschlich angefertigten Bescheinigung, unterschrieben von „St. Franziskushaus“, in hiesigen Lebensmittelgeschäften Waren von erheblichem Wert erschwindelte. — Ein Brandschaden in Höhe von 620 M entstand am 23. d. M. in der Wohnung eines Händlers in der Schwanenstraße dadurch, daß dessen Ehefrau überhitzte Wäsche in der Nacht zum 19. d. M. in den Werten legte. — Diebstahl: In der Nacht zum 19. d. M. wurden in einem Laden in der Hardstraße von unbekanntem Täter eingebrochen, daselbst 2 Kettner Zuder, Zigarren, Zigaretten, Kalao, Kaffee, Honig, Tee, Pflanzenbutter, Zitronen, Cornedbeef, Käse, Würsten im Werte von 1850 M entwendet.

Gesangsverein „Kassal a“. In der vorgestrigen Sängerversammlung wurde Herr Musiklehrer Bier zum Dirigenten gewählt.

Das ärztliche Ehrenrecht. An Stelle des Amtmanns Meibstein wurde Amtmann Veder in Karlsruhe zum rechtmäßigen Mitglied des ärztlichen Ehrenrechts in Karlsruhe ernannt. Dessen Stellvertreter ist Amtmann Hehr. v. Rodman in Karlsruhe.

in Darlehen. Voran Sonntag mittags halb 2 Uhr findet im Gasthaus zur „Sonne“ eine öffentliche Versammlung statt. Der Vorstand der Gartenstadt Grünwinkel wird über den „Fried und Ziele der Gartenstadtbewegung“ sprechen. Da die Gartenstadt Grünwinkel beauftragt ist, in unserm Stadtteil 40 Dreizehnerwohnungen zu erstellen, wird es von großem Interesse sein, daß die Eigentümer der hiesigen Wohnhäuser sich angeschlossen. Besonders unsere Parteigenossen empfehlen wir, sich der Gartenstadt Grünwinkel anzuschließen, weil dies die einzige Möglichkeit ist, in den Genuss von billigen und angenehmen Wohnungen zu kommen.

Der Familienabend des Arbeiter-Abfahrervereins am letzten Sonntag hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Wenn auch einmal, wie bei solchen Anlässen üblich, nicht gelangt werden konnte, so wurden wohl alle Teilnehmer befriedigt nach Hause gegangen sein. Die Leistungen der alten und jungen Reigenmannschaften lösten volle Bewunderung aus, ebenso die durchgeführten Kadettspiele. Die Bekanntgabe über das Ergebnis des Wettbewerbs für das laufende Jahr fand allseitige Anerkennung, umso mehr als die Vereinskasse es erlaube, für die besten Leistungen einer jeden Gruppe kleine Geschenke zu verabreichen. Mit einem Appell an die Mitglieder betr. Kinderbeschäftigung und Teilnahme der Kinder am Reigen, fand die Veranstaltung ihren Abschluß.

„Soziale Krankheit und Sozialismus“ lautet das Thema eines am nächsten Sonntag, den 28. Nov., abends 1/2 8 Uhr, im großen Saalbauaal hier stattfindenden Vortrags, zu dem die Trisgrupp, die Karlsruhe des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus Herrn Paul Baumann aus Stuttgart gewonnen hat. Auch an dieser Stelle sei daher nochmals auf den Vortrag hingewiesen.

§ Tarifliche Verhältnisse in der Appenmühle. Wie uns vom Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter mitgeteilt wird, kam mit dem Inhaber der Appenmühle endlich auch eine Vereinbarung über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu stande. Der Inhaber hat sich überzeugt, daß es zweckmäßiger ist, mit dem Verbande der Brauerei- und Mälzereiarbeiter sich zu verständigen, als den Einführungen der übrigen Kundenmüller Gehör zu schenken, welchen befanntlich der Achtstundentag ein Greuel ist und welche bis heute die Gesetze noch mit Füßen treten. Aber auch für diese wird die Stunde schlagen, besonders wenn die Arbeiter in den Kundenmühlen der Organisation mehr Verständnis entgegen bringen wollten. Für die Mälzereien besteht somit kein Grund mehr, die Appenmühle zu meiden, da nun durch diese Regelung ein ordnungsgemäßer Betrieb gewährleistet ist, während in anderen Mälzereien die Arbeiter vielfach nach wie vor wegen der schlechten Lohnung auf „Unwege“ angewiesen sind, bezw. sich dadurch schadlos zu halten suchen.

Elternabend mit Vortrag über Jugendlektüre. Alljährlich erscheint in der Rowohltschlagzeit ein lebhaftes Interesse für Jugendbücher. Der Gang des Erzählens wirkt seinen Schimmer voraus und kindliche Hände wissen unter die elterlichen Morgenstunden geschickte Betitel zu präzisieren, auf denen unter anderen begehrenswerten Dingen ein Bilder- oder Geschiedenbuch gewiß eine Rolle spielt. Vater und Mutter niden sich zu: ein gutes Buch ja; aber ein gutes Buch. In der Absicht, Hinweise über gute Kinder- und Jugendbücher zu geben, veranstaltete die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Ortsgruppe Karlsruhe, am kommenden Sonntag, den 28. November, abends 8 Uhr im großen Saalbauaal einen Elternabend, bei welchem Oberlehrer Frick über Jugendlektüre sprechen wird. Es ist zu erwarten, daß die Eltern und Jugendfreunde in dieser gegenwärtig besonders nahe liegenden Sache guten Tat finden. Der Eintritt ist frei. (Siehe Inserat).

Landestheater. Am Sonntag, den 28. Nov., vormittags 11 Uhr, findet in der Wandelhalle des 1. Rang (Landestheater) eine Veranstaltung statt, die eine Einführung in das Drama „Der lebende Leinwand“ zum Zweck hat. Die Mitglieder des Theaterverbandes und der Volkshäuser sowie Inhaber von Karten zur Erstaufführung halbe Preise. — Es ist der Generaldirektion gelungen, für den erkrankten Herrn Schöffel Herrn Christian Streib vom Staatstheater in Wiesbaden als Singsänger zu der am Sonntag, den 28. Nov., stattfindenden Aufführung von Wagner's „Götterdämmerung“ zu verpflichten.

Arbeiterbildungsbereich. Kommenen Montag 1/2 8 Uhr spricht im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 der Vorsitzende des Landesverbandes badischer Arbeiter-Bildungsbereine Herr Oberamtsrichter a. D. Dr. Otto Bielefeld (Freiburg) über: „Eine Reise nach Schweden während des Krieges“. Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Kleine Nachrichten

Mühlhausen i. G. 26. Nov. (Tel. Union.) Die sog. Partei in Mühlhausen beschloß nach heftigen Auseinandersetzungen die Annahme der Bedingungen der dritten Internationale mit 150 gegen 81 Stimmen.

London, 26. Nov. Nach einer Meldung aus New York sind alle Personen, die während des Krieges verurteilt wurden, weil sie aus gewissen Bedenken keinen Militärdienst leisten wollten, nach zweijähriger Haft entlassen worden.

Athen, 26. Nov. Die Volksversammlung ist auf Sonntag den 5. Dezember anberaumt. Die Eröffnung der Kammer ist auf 9. Dezember verschoben worden. Die Thronrede wird von der Königin Olga gehalten.

Lezte Nachrichten

Prozeß Prinz

WTB. Berlin, 26. Nov. Bei der heutigen Verhandlung im Prozeß gegen Prinz wurde als erster Zeuge der Reichstagsabgeordnete Weis vernommen. Er erklärte, er sei nach dem 9. November mit Scheidemann, Ebert und Landsberg viel zusammengekommen. Niemals habe er von diesen auch nur ein Wort davon gehört, daß sie für die Umschließung Liebknechts und der Frau Luxemburg eine Belohnung ausgelegt hätten. Was der Zeuge Döggel über eine von ihm angeblich erhaltene Summe von 4-5000 M. ausgelegt habe, sei unrichtig gewesen. Auf die Frage des Justizrats Dr. Lehmann, ob dem Zeugen bekannt sei, daß in dem Edenhotel naheheubend Reizen, von denen die Ermordung Liebknechts ausging, der Wunsch bestand, durch gefälschte Befehle die Tat auf Scheidemann abzumägen, erklärte Weis, von schriftlichen Befehlen habe er zum ersten Male im Garzprozeß gehört. Der hierauf vernommene frühere Stadtkommandant Anton Fischer erklärte, während der Januartrüben habe er den Leuten für die Kampagne eine Kampfbroschüre verprochen. Das habe vielleicht zu dem Gerüchte geführt, die Regierung habe 100.000 M. für Liebknecht ausgelegt. In Regierungskreisen habe man den Tod Liebknechts als Ausmaß politischer Unmündigkeit bezeichnet. Der Konsul Leo Simon habe der Kommandantur durch den Vizekonsul Verlin's Gelder zur Verfügung gestellt, um für eine gute Verpflegung der Soldaten Sorge zu tragen, damit die Soldaten nicht zu Liebknecht übergelaufen. Diese Gelder seien jedoch keineswegs in Beziehung gebracht worden zu den Belohnungen der Mörder.

Das Elend der deutschen Kinder

WTB. Berlin, 26. Nov. Vor Vertretern der Presse gab heute Geheimrat Krohne ein Bild über das Elend der deutschen Kinder. Durch die Hungerblende habe Deutschland 800.000 Menschen verloren und außerdem einen Verlust an Geburten von 4 Millionen. Seit Kriegsende hat sich der allgemeine Ernährungszustand nicht gehoben. Geradezu erschütternd ist er bei den Kindern, wo die Verhältnisse der Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren und bei den Schulkindern geradezu katastrophal sind. Besonders vier Krankheiten treten in erschreckender Weise auf: Anämie, Strabismus, Tuberkulose und Rachitis, wobei der Rachitis an sich schon besonders angreifbar bemerkbar macht. Besonders die Tuberkulose wirkt in atemberaubender Weise. Hatte doch Deutschland 1915 eine Sterblichkeit von 13 auf 10.000, im Jahre 1919 eine solche von 23 auf 10.000. Sie wird auch in diesem Jahre nicht geringer sein. Besonders traurig ist die allgemeine Durchseuchung mit Tuberkulose, wobei die schlechten Wohnungsverhältnisse entscheidend mitwirken. Neuerdings kommt besonders bei den Kindern die Rachitis hinzu. Man beobachtet Knochenverformungen und Knochenbrüche bei Kindern bis zum 18. Lebensjahre. Im Wachstum sind Tausende von Kindern zurückgefallen. Die Blutarmut hatte auch die Folge, daß auch die geistige Veranlagung der Kinder schwer gelitten hat.

Amerikanische Hilfe

WTB. New York, 26. Nov. Der „New York Herald“ meldet noch zu der großen Vorkonferenz, die in New York abgehalten wird, um den Kindern Mittel- und Ostpreußens zu helfen, daß 25 Millionen Dollar vorgesehen seien zur Hilfe für 2 1/2 Millionen Kinder. Die Organisation führt den Namen „Europäischer Hilfsrat“.

v. Kahr in Berlin

Berlin, 27. Nov. (Privattelegramm.) Der „Völk. Bl.“ zufolge hatte der bayerische Ministerpräsident v. Kahr gestern längere Verhandlungen mit dem englischen Botschafter dem französischen Vorkonferenz und dem General Rouleff.

Die Kommunisten lehnen ab

Berlin, 26. Nov. Die „Neue Bahn“ veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe die Zielungsanträge der Kommunisten zur Regierungsbildung in Sachsen, in der die Mehrheitssozialisten als Parteigänger des Reiches bezeichnet und die Reichsunabhängigen der Parteibündnis nicht als sozialistische, sondern als „kleinbürgerliche Parteimitglieder“ betrachtet werden. Die Stellungnahme der „Neuen Bahn“ läßt keinen Zweifel darüber, daß den Kommunisten eine eventuelle parlamentarische Unterstützung nicht angenehm erscheint. Eine Regierungsbildung mit Unterstützung der Kommunisten ist also unmöglich, so daß jetzt nur noch die Möglichkeit einer Unterstützung von rechts bleibt. Die Demokraten werden hierzu auf ihrem Parteitag Stellung nehmen.

Das Endergebnis der sächsischen Landtagswahlen

WTB. Dresden, 26. Nov. Als Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen wird heute amtlich festgestellt: 27 Mehrheitssozialdemokraten, 20 Deutschnationale, 18 Volksparteiler, 8 Demokraten, 13 Reichsunabhängige, 8 Reichsunabhängige, 6 Kommunisten, 1 Zentrum.

Frankreichs Kohlenversorgung

Paris 26. Nov. Die „Revue Parisienne“ zufolge werden die Kohlenkontingente für Dezember in Paris, die auf 15 Millionen, mit 100 Pf. eingeteilt.

Die Cholera in Posen

Posen, 26. Nov. In dem Posener Bezirk ist die Cholera ansteigend durch boikottierte Gefangene eingeschleppt worden.

Die Reste der Wrangelarmee

WTB. Frankfurt a. M., 26. Nov. Nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ aus Belgien wurde General Wrangel und ein Teil der Divisions- und Bataillionsführer nach Südrussland überbracht. Der sächsische Ministerpräsident hat bereits zu ihrer bevorstehenden Ankunft Stellung genommen.

Paris, 26. Nov. (Wolff.) Die Morgenblätter berichten, eine Dampfschiff aus Konstantinopel, wonach die Franzosen das Meer Wrangel's unorganisierten wollen. Die Umgestaltung werde auf Galatoli und auf der Insel Lemnos erfolgen.











**Volks-Chor West**  
 Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß heute den 27. November unser **Sanzkurs** beginnt im Gasthaus zum „Engel“ Grünwinkel. Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

**für Vereine Tanzlehrer**  
 empfehle anübertragbare Tanzkontrollen, Tombolose, Kottillon-Orden, Eintrittskarten, Diplome etc.

**Bernhard Müller**  
 Papierhandlung  
 Kaiserstr. 235  
 Telefon 3366.

**Gebrauchs- und Geschenk-Artikel** aller Art.

Beste Solinger Stahlwaren  
 Tischmesser, Gabel und Löffel, Taschenmesser, Rasiermesser, Rasierapparat, Rasierapparaturen, Scheren, Haarscherenmaschinen

Haus- und Küchen-Geräte  
 Kaffeemühlen, Hackmaschinen, Heilmaschinen, Bügeleisen, Holzwaren, Blechwaren, Emaille-, Aluminium- und Nickelwaren

Kurzwaren u. W. rzeuge aller Art  
 Lampen, Laternen, Thermometer, Kreuztische

Galante- und Lederwaren  
 Porzellanwaren, Zigarren-Etuis, Hülsenwaren, Haarschmuck, Toilette-Artikel, Parfüms, Bücher, Scherensatz

Uhren, Gold und Silberwaren  
 Uhrketten, Halsketten, Broschen, Armbänder, Ringe

Alle Sorten Musikinstrumente  
 Mand- und Ziehharmonika, Zithern, Gitarren, Mandolinen

Spielwaren für Knaben u. Mädchen  
 Christbaumschmuck u. vielerlei Neuheiten enthält unser großer illustrierter Wohlmachts-Pracht-Katalog in einer Auswahl von ca. 8000 verschiedenen Gegenständen. Verlangen Sie bitte sofort Zusendung desselben.

**Gräfrath bei Solingen**  
**Gebrüder Rauh**  
 Stahlwarenfabrik und Versandhaus.  
 Versand direkt an Private. Sonderermäßigung Kunden.  
 Bei jedem Auftrag Extra-Vergünstigung. FABRIK-MARKE.

**Nebenbeschäftigung**  
 Höchste Verdienstmöglichkeit. Schritt Tätigkeit. Für jedermann geeignet. Bezahl. Muster-Anleitung. Gewinnberechnung 6.- Mk. Nachnahme 7.- Mk. durch H. München, Breslau 2 Wildenbruchstraße 15.

**Färbe zu Hause**  
 nur mit **Heitmann's Farben**

Erhältlich in Drogerien u. Apotheken.  
 Vertretung und Lager bei:  
**Theo Seuberger, Karlsruhe, Parkstr. 3.**  
 Fernsprecher 1138. 6275

**Rastatter Spar-Kochherde**  
 emailliert und lackiert. Günstige Bedingungen und herabgesetzte Preise.  
**L. Andlauer, Schillerstr. 4**  
 Keine Ladenspesen. 6256

**Nähmaschinen**  
 sind heute mehr als je Vertrauensartikel!  
 Es gibt noch eine Unmenge Maschinen in kriegsmäßiger Ausführung, die um jeden Preis losgeschlagen werden, aber auch dafür noch viel zu teuer sind.  
 Die in jeder Beziehung erstklassige **Gritzner-Nähmaschine** in Friedensausführung, mit Garantieschein, kaufen Sie bei **billigsten Preisen** vom Gritzner-Fabriklager 6629  
**H. Brodführer, Karlsruhe**  
 Fernruf 2918 Kaiserstr. 5

**Union-Theater** Kaiserstr. 211

# CABIRIA

**Union-Theater** Kaiserstr. 211

## Ein Kampf um die Weltherrschaft

Fünf Akte I. TEIL Fünf Akte

Die prunkvollste und spannendste Illustration einer der grandiosesten Epochen der Weltgeschichte, voller feenhafter Bilder und überwältigender Episoden, von erstrangigen italienischen Schauspielern gespielt, kein gewöhnlicher historischer Prunk- und Ausstattungsfilm, sondern lebendige Geschichte und glühendste, blühendste Phantasie.

Wenn Platz vorhanden **Die lustige Witwe** nach der Operette von Lehár, Fünf Akte. 6436

Die Firma **Hugo Landauer** Karlsruhe, Kaiserstr. 145

führt als Spezialität fortan nur noch **Damen- u. Mädchen-Konfektion**

sämtliche anderen Artikel werden **ausverkauft** und zwar:

Kurzwaren Modewaren  
 Wollwaren Spitzen-Besätze  
 Handschuhe Damenhüte-Putzzutaten  
 Strümpfe Regenschirme

Auf alle bisherigen Preise **25% Rabatt.**

**Wir offerieren:**

Schlafzimmer, eichen bestehend aus 1 Schrank, 2 Bett-laden, 1 Waschkommode mit Spiegel, 2 Nachttischen, 1 Hand-tuchständer, 2 Stühle Mk. 3935.-

Mit 180 cm breitem Schrank (Wäscheeinrichtung) Mk. 4525.-

Patent-Röste v. Mk. 100.- an per Stück.

Schlafzimmer, eichen od. Nußbaum imitiert oder weiss: 1 Schrank, 2 Bettstellen, 1 Waschkommode, 2 Nachttische, 1 Hand-tuchständer, 2 Stühle Mk. 1990.-

Eichene Büffets Mk. 2250.-

Spezialhaus für bürgerliche und billige Wohnungs-Einrichtungen

**Karlsruhe** Kals rstr. 115 Eingang Adlersstr. **Möbelhaus Bär**

**Offenburg** Hauptstrasse 52 Eingang Kaserstr.

Schnellste Bedienung Gute Billigste Berechnung

**Landschneiderei**  
**J. Weiler, Forchheim bei Karlsruhe.** 663

**Diwans** 6610  
 neue, von 650 RM. an. 31. Köhler, Schützenstr. 25.

**Wekker**

**Uhrenhaus Oscar Kirschke**  
 Kriegsgr. 70 Karlsruhe Tel. 4180 am alten Bahnhof offeriert

**Di. Ankeruhren** Mk. 65.- 55.- 45.-  
**Schweizer Zylinder- u. Ankeruhren** Mk. 150.- 120.- 95.-  
 Moderne Regulatoren, 14 Tage-Schlagwerk Mk. 250.-  
 Große mod. Salonuhren Mk. 350.-  
 Weckeruhren Mk. 45.-  
 Armbanduhrn, Tisch- u. Standuhr. obige Preise solange Vorrat.  
 Die neue Ware erheblich teurer.

**Höchsten Nebenberdienst**  
 durch lohnende schriftliche Arbeiten. Schlußfrist, nicht erforderlich. Für Jedermann geeignet. Sollen Sie sofort verdienen, melden Sie sich noch heute bei **H. K. Kemmer, Sanden-Str. 134** 6610  
 Bezirk Rgdg. Rüdports beifügen 3178

**Zu verkaufen:**  
 3 wenig genutzte, 1. Klasse, 1 feiner Gesellschaftswagen (schwarz), 1 gewöhnlicher Anzug, Werberstr. 71 III, bei Köppl. Nur Sonntag von 9-12 Uhr. 6623

**Willkommene Weihnachts-Geschenke**

# Kleider-Stoffe

in Wolle, Seide, Halbseide und Baumwolle

**Peluche u. Samte**, für Kleider, Mäntel u. Blusen  
**Mantelstoffe** in großer Auswahl  
**Herrenstoffe** „ „ „  
**Wäschestoffe und Baumwollstoffe**  
 Billige Preise. — Große Auswahl.

**Wilh. Braunagel**  
 KARLSRUHE  
 Herrenstr. 7 zwischen Kaiserstr. u. Schloßplatz Telefon 2827.

**Emser Pastillen**  
 gegen Heiserkeit, Husten  
 Warnung vor Nachahmungen

**Betriebsräte-Schule**  
 Schriftliche Lehrkurse in praktischer Anordnung. Gleichzeitig Nachschlage- und Auskunftswerk. Keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich. Verlangen Sie ausführlichen Prospekt von Partel-Buchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 6.

**Karl Timeus**  
 Färberei u. chem. Waschanstalt  
 liefert mustergültige Arbeit bei mässigen Preisen.  
 Marienstr. 19/21 Kaiserstr. 66  
 Telefon 2838 b. Marktplatz.

**Pelzkauf ist Vertrauenskauf!**

Man lasse sich nicht täuschen durch verlockende Anpreisungen mit angeblich und scheinbar billigen Preisen. Die Ernüchterung kommt erst mit dem Schaden! Nur der Fachmann u. Selbsthersteller gibt Ihnen volle Gewähr eines reinen, vorteilhaften Einkaufes echter, guter Pelze von den billigsten bis feinsten Qualitäten und Ausführungen. Er gibt Ihnen auch fachgemäßen Rat in allen Pelzangelegenheiten.

**Pelz-** Mäntel, Jacken, Kragen, Collier, Muffen

in allen Pelzarten.

Spezialität einzig dastehend **echt Skunks** und **Alaska-Fuchs**

Eigene Herstellung aus tausenden nur allerbesten gesunden Pelzen in erstklassiger Verarbeitung u. Ausführung.

vorteilhaft preiswert! 6628

**Pelz-Mode-Haus Grosskürschnerei**  
**Wilh. Zeumer**  
 Karlsruhe Kaiserstr. 125/127  
 Gegründet 1870 — Telefon 274.

Auswahlendungen nach auswärts bereitwilligst. Bei Unbekannten Referenzen erbeten.  
 Umarbeitungen, Reparaturen in eigener Werkstatt sorgfältig, fachgemäß, billigst. Vorherige Kostenberechnung.

**Strickmaschine**  
 mit sämtlichen Zubehörteilen zu verkaufen  
**Weintraub** u. u. Verkaufsgesellschaft  
 Kronenstr. 52. 6625